

Laibacher Wochenblatt,

Organ der Verfassungspartei in Krain.

Nr. 284

Abonnements-Bedingnisse:
Ganzjährig: Für Laibach N. 4.— Mit Post N. 5.—
Halbjährig: . . . 2.— . . . 2.50
Vierteljährig: . . . 1.— . . . 1.25
Für Zustellung in's Haus: Vierteljährig 10 fr.

Samstag den 16. Jänner.

Insertions-Preise:
Einspaltige Petit-Zeile à 4 fr., bei Wiederholungen
à 3 fr. — Anzeigen bis 5 Zeilen 20 fr.
Redaction, Administration u. Expedition:
Herrengasse Nr. 12.

1886.

Die Schuldebatte im krain. Landtage.

Wider das ursprüngliche Erwarten nahm die dreizehnte Landtagsitzung am 13. d. einen sehr lebhaften und interessanten Verlauf. Zur Verhandlung gelangten lediglich das Unterrichtswesen betreffende Gegenstände: zunächst eine Abänderung des § 41 des Landesgesetzes vom 9. März 1879, wornach künftig auch den Leitern einlässiger Volksschulen eine Funktionszulage, und zwar mit jährlichen 30 fl. zuerkannt wird; sodann die Frage der Gleichstellung der Lehrerinnen an den städtischen Volksschulen mit den Lehrern und endlich das Normalschulfonds-Präliminare pro 1886. Beim ersten Punkte legte Abg. Schwegel den ebensowohl von der aufrichtigsten Schulfreundlichkeit, wie von der Rücksichtnahme auf die künftige Entwicklung der Finanzlage des Landes zeugenden Standpunkt der Minorität klar; beim zweiten kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und der Majorität, ohne daß es Ersterer gelungen wäre, ihre Anschauung durchzusetzen, und beim dritten Punkte nahmen die Abg. Deschmann und Luckmann Anlaß, die begründeten Beschwerden über die Haltung des Landespräsidenten in Schulangelegenheiten, namentlich in Sachen der Sparcassenschule, in nachdrücklicher Weise zur Sprache zu bringen. Indem wir uns vorbehalten, auf die Vorkommnisse dieser Sitzung noch in mehrfacher Richtung zurückzukommen, lassen wir nachstehend eine nach Möglichkeit erschöpfende Darstellung der stattgehabten ausführlichen Debatten folgen, welche den Rednern der Minorität Gelegen-

heit boten, den Standpunkt der liberalen Partei nach verschiedener Richtung in ausgezeichnete Weise zu vertreten.

Zu dem ersten Berichte des Finanzausschusses, betreffend die Bewilligung von Funktionszulagen von 30 fl. an die Lehrer der einlässigen Volksschulen, ergriff der Abg. Baron Schwegel das Wort, um auszuführen, daß ihn der Gesinnungswechsel des Finanzausschusses etwas bestrebe, der zuerst die Bewilligung dieser Funktionszulagen aus gesetzlichen Gründen abgelehnt, nachträglich aber aus Gründen, die er nicht untersuchen wolle, diese Forderung doch bewilligt habe. Der Redner führte aus, daß nach Maßgabe der früheren Landtagsbeschlüsse und nach dem Inhalte der betreffenden gesetzlichen Normen eine Funktionszulage ebensowenig gerechtfertigt erscheine, als die Motive des Finanzausschusses den Beweis für eine Berechtigung dieser Ansprüche erbringen, sondern es handle sich einfach um eine Erhöhung der Lehrergehalte dieser Kategorie. Die hilfsbedürftige Lage dieser Lehrer sei anzuerkennen und Redner wolle sich daher gegen die Bewilligung dieser Erhöhung nicht aussprechen, dagegen aber fühle er sich verpflichtet, den Landtag auf die Konsequenzen dieser und ähnlicher Beschlüsse gleichzeitig aufmerksam zu machen, damit man die finanzielle Bedeutung dieser Frage nicht unterschätze, obwohl der Berichterstatter eine kurzfristige Budgetpolitik in dieser Richtung als unpassend und des Landtages unwürdig bezeichne. Das Land gibt für die Volksschulen bisher schon jährlich 254.535 fl. aus, — die Steigerung des Budgets in diesem Jahre betrage

über 12.000 fl., — diese Steigerung werde voraussichtlich noch lange anhalten und es steht in der Zukunft noch die Verpflichtung unter dem Titel der Pensionen für das Land bevor, so daß man Ausgaben entgegensehe, bezüglich welcher man sich bei Zeiten und ernstlich fragen müsse, in welcher Weise das Land diesen seinen Verpflichtungen nachkommen werde. Es sei nothwendig, meint der Redner, sich der Erkenntniß dieser Pflichten nicht unbedacht und leichten Herzens zu entziehen, sondern vorsorglich die geeigneten Vorkehrungen in dieser Richtung, insbesondere mit Bezug auf das Pensionswesen, zu treffen.

Baron Schwegel betonte in seiner weiteren Ausführung, daß er der wärmste und aufrichtigste Freund der Schule sei, für diese Institution, die den berechtigten Stolz der liberalen Partei für alle Zeiten bilde, stets mit der größten Bereitwilligkeit und Entschiedenheit eintreten werde und nur wünsche, daß die Culturarbeit, die der Schule in Krain übertragen sei, ernst und unentwegt durchgeführt werden möge. Er sei zwar dagegen, daß den Lehrern diese Funktionszulage nur zur Förderung ihrer zuweilen bedenklichen sogenannten schriftstellerischen Thätigkeit bewilligt werde, die häufig nur darin bestehe, den Landtag mit Petitionen zu überschütten, und die oft noch schlimmere Folgen nach sich ziehe. Im Großen und Ganzen, betonte der Redner, treffe dieser Vorwurf die große Majorität unserer Lehrer nicht, die redlich ihre Pflicht erfüllen; aber hin und wieder werden die angedeuteten Beschwerden gegen einzelne Mitglieder des Lehrerstandes laut und es sei noth-

Feuilleton.

Aus dem constitutionellen Rußland.

(Schluß.)

Mehr als auf irgend einem anderen Gebiet sind in Angelegenheit des Heerwesens Finnlands in den letzten Jahren umfassende Reorganisationen vor sich gegangen. Verfassungsmäßig besitzt Finnland sein eigenes Heer, das zu stellen es verpflichtet ist. Dieses Heer besteht aus dem „Finnländischen Leibgarde-Schützenbataillon“, welches zum Gardecorps gehört, ferner aus acht Bataillonen finnländischer Schützen und aus den zur baltischen Flotte gehörigen Garde-Mannschaften. Das Commando der finnländischen Truppen befindet sich in Helsingfors. Officierstellen dürfen bei diesen Truppen nur von Finnländern besetzt werden, außerdem müssen die Truppen in Friedenszeiten in Finnland stehen. *) Die Gesamtkräfte dieses eigenen Heeres beträgt nicht ganz 5000 Mann. Außer diesen einheimischen oder nationalen Truppen stehen auch in Finnland noch russische Truppen. Die Hauptfestung des Landes ist Swea-

borg, um deren Ausbau und Ausrüstung sich die gegenwärtige russische oberste Militärbehörde sehr verdient gemacht hat.

Die Gefühle, welche die „finnländischen Verhältnisse“ im übrigen Rußland hervorrufen, sind sehr getheilt. Die Einen suchen zu beweisen, daß diese Verhältnisse in Finnland nicht zu Recht bestehen, daß eine derartige Sonderstellung Finnlands nicht gut zu heißen und sogar historisch, nicht nur staatsrechtlich, keineswegs begründet sei. Dieselben Leute hören nicht auf, fortwährend auf die Nothwendigkeit einer Russificirung Finnlands zu weisen. So die eine Ansicht. Die Anderen dagegen suchen die „finnländischen Verhältnisse“ in Schutz zu nehmen und weisen ihrerseits darauf hin, daß die dortigen geordneten Zustände und die gesunde Entwicklung des kleinen Landes dem großen Rußland als Muster dienen mögen. Die politische Stellung des Großfürstenthums hat unter dieser, so schroff getheilten Ansicht bisher nicht allzuschwer zu leiden gehabt, wobei es freilich dahin gestellt bleiben mag, ob dieß nicht in der Zukunft für Finnland die Quelle bitterer Erfahrungen werden könnte. Ist es bereits jedenfalls zur Genüge dargethan, daß die Existenz des finnländischen Sonderstaates, in seinem gegenwärtigen

Zustande, innerhalb des russischen Staatsverbandes, keineswegs „unnatürlich“ ist, so läßt es sich doch andererseits nicht leugnen, daß allerdings ein wunder Punkt vorhanden ist, welcher sehr geeignet ist, das Verhältniß zwischen Finnland und dem übrigen russischen Reich zu trüben. Dieser Punkt ist es denn auch, welcher viele russische Kreise veranlaßt, wie schon oben angedeutet, ein gewisses Vorurtheil gegen das Großfürstenthum zu empfinden und es mit scheelem Auge zu betrachten. Es ist dieß die Existenz einer förmlichen Landesgrenze zwischen Rußland und Finnland, was wiederum durch den Umstand bedingt wird, daß Finnland seinen eigenen Zolltarif hat. Es genügt, eine kleine halbe Stunde von Petersburg (mit der Finnländischen Bahn) zu reisen, und man befindet sich an der Landesgrenze; Alles muß verzollt, der Paß vorgezeigt werden und man betritt das „Ausland“. Daß ein derartiger Zustand den russischen Reisenden äußerst peinlich berühren muß, ist selbstverständlich, und man hört hierüber in Rußland sehr oft Klage führen. Es ist dieser Umstand um so mehr zu bedauern, da die Existenz eines besonderen finnländischen Zolltarifs keinem von den beiden Seiten — weder Rußland, noch Finnland — irgend welchen Vortheil bringt.

*) Vor ganz kurzer Zeit war in den Blättern von einem Konflikte zu lesen, wegen des Vorhabens, finnländische Truppen den Manövern in Rußland beizuziehen. (Ann. d. Red.)

wendig und Pflicht eines wahren Freundes der Schule, auf solche Uebelstände aufmerksam zu machen, damit bei Zeiten denselben Abhilfe geschaffen werde.

Der Redner schloß seine Ausführungen damit, daß er erklärte, für diese Aufbesserung der Lehrergehälte aus den angegebenen Gründen und unter den bezeichneten Voraussetzungen stimmen zu wollen; zugleich aber formulirte er zwei Wünsche im Interesse der Förderung der Schulen zur Beachtung der Beteiligten, nämlich: erstens es möge eine eifrigere Thätigkeit der Orts- und Bezirksschulräthe angeregt werden, damit den gesetzlichen Bestimmungen bezüglich des Schulbesuches, ohne jede Uebertreibung, in Zukunft hie und da besser entsprochen werde als bisher und damit zugleich dadurch die Schule in der Liebe des Volkes eingebürgert und eine thatkräftige Unterstützung dieser Kreise erreicht werde; zweitens aber möge sich die Thätigkeit der Schullehrer lediglich auf die Pflichten ihres Berufes beschränken, um auf diese Weise jene schönen Erfolge zu erzielen, die man von der Schule erwarten möchte, und um zugleich den ersten Beschwerden in einzelnen Fällen zu begegnen.

Diesen Ausführungen des Abg. Schwegel führte der Abg. Dr. Bosnjak in jener Weise, die man von diesem Manne gewohnt und die nicht nach dem Geschmacke eines Jeden ist, eine Anzahl von Argumenten entgegen, die jeden unbefangenen Zuhörer im Landtage befremden mußte. Baron Schwegel hat streng objectiv jede persönliche Frage aus dem Spiel gelassen; Dr. Bosnjak gefiel sich aber besonders in derlei Auslassungen. Er unterschob dem Redner der Minorität die Auffassung, dieser sei eigentlich ein Feind der Schule, er hasse die Schule, weil sie nicht nach den Normen des Deutschen Schulvereines eingerichtet sei, er perhorrescire den nationalen Geist der Schullehrer u. dgl., — lauter Dinge, die Baron Schwegel mit keinem Worte berührt, ja mit keinem Gedanken gestreift hatte.

Nachdem noch Abg. Kersnik das Wort ergriffen hatte, um auch seinerseits die Unthätigkeit der Ortschulräthe zu beklagen, und nachdem hierauf Abg. Baron Schwegel den Ausführungen Dr. Bosnjak's gegenüber kurz, aber entschieden replizierte, um zu constatiren, daß dieser ihm nichts als Auffassungen und Motive unterschiebe, die er nie geäußert und die ihn nie geleitet haben, worüber er den Landtag zum objectiven Zeugen anrufe, begründete Abg. Schulle den Gesetzentwurf, die Abänderung des § 41 des Landesgesetzes vom 9. März 1879, im Sinne der Ausführungen seines Berichtes

im Gegentheil, die russisch-finnländischen Handelsbeziehungen, sowie überhaupt der ganze Verkehr leidet darunter ungemein. Man hat dieß aber bereits auf beiden Seiten eingesehen, und in Petersburg tagt augenblicklich in dieser Angelegenheit eine gemischte Commission, welche aus drei finnländischen Delegirten und ebenso vielen Vertretern der russischen Regierung zusammengesetzt ist. Vorläufig ist diese Commission mit den statistischen Vorarbeiten beschäftigt.

Der Intelligenz des Landes entspricht auch die Fürsorge für den Unterricht und das Bildungswesen. Finnland besitzt eine Universität (in Helsingfors), siebzehn „Lyceen“, worunter neun mit schwedischer und acht mit finnischer Unterrichtssprache, mehrere Realschulen, zwei höhere landwirtschaftliche Institute und eine Reihe niederer landwirtschaftlicher Schulen, ein Polytechnicum, ein Forstinstitut, ein Cabettencorps, zahlreiche Handelsschulen, verschiedene specielle technische Schulen, Seminarier und circa 600 Volksschulen. Der technische Unterricht hat den Löwenantheil an dem ganzen Unterrichtswesen, was mit der oben geschilderten Beschaffenheit und der Erwerbsthätigkeit des Landes zusammenhängt. An der Helsingforscher Universität dürfen auch

und wurde die Vorlage hierauf ohne Widerspruch von Seite des Landtages angenommen.

Ein weiterer mit dem Normalschulfond im Zusammenhange stehender Gegenstand, der nur auf nationaler Seite eine Debatte hervorrief, war der im Namen des Finanzausschusses erstattete Bericht des Professors Schulle über die vom Landesschulrath angeordnete Gleichstellung der Lehrerinnengehälte an den städtischen Volksschulen mit jenen der städtischen Volksschullehrer. Der Gemeinderath der Stadt Laibach hatte nämlich seinerzeit die Gehälte der städtischen Lehrer um je einhundert Gulden erhöht, ohne auch den Lehrerinnen, die bei ihm minder in Gnaden zu stehen scheinen, die gleiche Gehaltsaufbesserung zugestehen. Als nun in Folge des Gesetzes vom 28. December 1884 die Stadtgemeinde in die allgemeine Normalschulfondsumlage einbezogen wurde und die Auszahlung der Gehälte der städtischen Lehrer auf den Normalschulfond übergang, glaubte der Landesschulrath auf Grund des Gesetzes über die Gleichstellung der Gehälte der Lehrerinnen mit jenen der Lehrer dieses Princip auch bei den städtischen Lehrerinnen zur Durchführung bringen zu sollen. Es wurde den beiden in den höheren Gehaltsstufen von 600 fl. befindlichen Lehrerinnen vom 1. October 1885 an die Aufbesserung von 700 fl. zuerkannt, während bezüglich der zweiten auf 600 fl. zu erhöhenden Gehaltsstufe der Concurrs für die Unterlehrerinnen und Auschilfslehrerinnen ausgeschrieben werden sollte. Dieses Vorgehen des Landesschulrathes wurde in dem Berichte des Professors Schulle als ein gesetzwidriges bezeichnet und beantragt, es bei den mit Decret erfolgten beiden Erhöhungen per 700 fl. bewenden zu lassen, dagegen von der Erhöhung der Gehälte der weiteren Lehrerinnenstellen und von der Ausschreibung eines Concurrses abzusehen. In der Debatte ergriff Landespräsident Baron Winkler das Wort zu einer längeren Auseinandersetzung in slovenischer und deutscher Sprache, worin er die Gesetzmäßigkeit des Vorganges des Landesschulrathes nachzuweisen versuchte. In wirkungsvoller Weise polemisirte hierauf Bürgermeister Grasselli gegen Professor Schulle, dem er sowohl in seiner Haltung in dieser Frage bei verschiedenen Anlässen sowie auch in dessen Berichten über das Schulwesen mannigfache Wandlungen in seinen Anschauungen nachwies. Er beantragte zum Schlusse mit Rücksicht auf die großen Opfer, die nunmehr die Stadtgemeinde dem Schulwesen des Landes bringe, die Gleichstellung der Gehälte der Lehrerinnen mit jenen der Lehrer.

Frauen studiren und genießen sie, gleich den Studenten, das Recht der Matrikel, sowie überhaupt völlige Gleichberechtigung mit den Studenten. Es bezieht sich dieß aber nur auf die medicinische Facultät. Indessen nach Beendigung des Lehrcursums erhalten die Frauen weder den Doctortitel, noch dürfen sie ein staatliches Amt bekleiden, und es bleibt ihnen nur anheimgestellt, Privatpraxis zu treiben. Uebrigens scheinen die finnländischen Frauen auf das medicinische Studium gar nicht so erpicht zu sein, denn sie lassen jenes Recht, welches von den russischen Frauen mit großem Eifer vergeblich angestrebt wird, fast unbenützt. Bisher hat an der Helsingforscher Universität nur eine einzige Dame das medicinische Studium beendet, und seit der Zeit war überhaupt kein weibliches Wesen mehr an der medicinischen Facultät zu sehen. Für die Frauen im Allgemeinen sorgen sieben Mädchengymnasien und eine Anzahl anderer Unterrichtsanstalten.

Im Großen und Ganzen lebt die Bevölkerung Finnlands sehr glücklich. Das Rechtsgefühl, die unwandelbare Treue, gewissenhafte Pflichterfüllung, Arbeitslust und Fleiß, sowie viele andere bürgerliche Tugenden sind bei der finnländischen Bevölkerung in sehr bedeutendem Maße ausgeprägt.

Es scheinen jedoch bei der Mehrzahl der Abgeordneten aus ökonomischen Gründen der thünlichsten Schonung des Normalschulfondes, sowie des weiteren Umstandes wegen, daß auch in sonstigen öffentlichen Stellungen, so z. B. im Post- und Telegraphendienste, die Frauenarbeit geringer taxirt wird als jene der Männer, die eingehenden Ausführungen des Bürgermeisters durch das Schwergewicht der steigenden Belastung des Normalschulfondes überwogen worden zu sein; der Antrag zu Gunsten der Lehrerinnen wurde abgelehnt.

In der hierauf folgenden Generaldebatte über den Normalschulfond ergriff das Wort Abg. Deschmann. Derselbe erklärte, unter Hinweis auf die in diesem Jahre ausgewiesene Mehrbelastung des Normalschulfondes in den Lehrerbezügen um 12.370 fl., welche nach dem Ausschußberichte der Gründung einer ganzen Reihe neuer Schulen, der Erweiterung bestehender Schulen und den sich mehrenden Verwaltungszulagen zuzuschreiben ist, die Aufmerksamkeit des Landtages auf die beiden in dem Ausschußberichte nur nebenbei berührten, in diesem Jahre entstandenen deutschen städtischen Volksschulen lenken zu sollen. Die Gehälte der beiden für die erste Classe bestellten Lehrkräfte belaufen sich auf 1400 fl., auch sollen denselben nach einem später in Verhandlung kommenden Antrage des Finanzausschusses Quartiergelder von je 120 fl., daher zusammen 240 fl. bewilligt werden. Die ganze Auslage für diese beiden Schulen betrage dormalen 1640 fl., im Jahre 1886 werde sie noch eine Steigerung erfahren, indem bereits mit October 1886 die Eröffnung der zweiten Classen an denselben stattfinden müsse, was die Anstellung zweier weiteren Lehrkräfte erheische. So werde bis zur vollständigen Activirung dieser beiden städtischen deutschen Volksschulen für Knaben und für Mädchen von Jahr zu Jahr eine höhere Dotation im Normalschulfond erforderlich sein. Diese im weiteren Verlaufe mindestens 6—7000 fl. betragende Belastung des Normalschulfondes habe das Land dem Wohlwollen des Herrn Landespräsidenten zu verdanken, welche den Beschluß der krainischen Sparcasse vom 29. Mai 1884 wegen Gründung einer vierclassigen deutschen Volksschule in Laibach auf ihre Kosten zur Erinnerung an die beglückende Anwesenheit Sr. Majestät in Laibach im Jahre 1883 vereitelt hat. Als in der letzten Landtagsession der Landespräsident wegen der unerklärlichen Verzögerung der Genehmigung jenes Sparcassebeschlusses von der Minorität am 23. September 1884 interpellirt wurde, gab er am 27. September eine nicht sagende Antwort, zu deren Schluß er bemerkte, daß die Regierung sehr leicht die Verantwortung der bisher noch nicht erfolgten Genehmigung der Sparcassebeschlüsse übernehme. Erst nach dem Schluß des Landtages und nach erfolgter Publicirung der gedachten Landesgesetzes über die Einbeziehung der Stadt Laibach in die allgemeine Normalschulfondsumlage sei die abschlägige Erledigung des Beschlusses der Sparcasse erfolgt. Wenn die Regierung früh dem Proteste der Stadtgemeinde gegen den Beschluß der Sparcasse ein Gewicht beimäße, weil diese erklärt selbst eine deutsche Schule errichten zu wollen, so die Angelegenheit seit dem Landesgesetze vom 31. December 1884 in ein ganz anderes Stadium getreten denn nicht die Stadtgemeinde Laibach, sondern das Land hatte in Folge dieses Gesetzes die Lehrergehälte der in Laibach zu gründenden Schule bezahlen. Es wäre somit Pflicht der Regierung gewesen, vor der Entscheidung über den Beschluß der krainischen Sparcasse den Landesauschuß zu fragen, ob er die Lehrergehälte der neu zu gründenden städtischen Volksschule auf den Normalschulfond übernehme, obschon sich ein Wohlthäter gefunden habe, der auf eigene Kosten eine deutsche, vierclassige Volksschule in Laibach gründen und erhalten wol-

Man müßte wahrlich von Sinnen sein, wenn man bei den ohnehin großen Lasten für das Schulwesen, die man zu tragen hat, ein im Interesse der Bildung des Volkes durch ein schulfreundliches Institut angebotenes Geschenk der Gründung und Erhaltung einer vorschriftsmäßigen Schule zurückweisen würde. Redner ist der Meinung, daß keiner der Landesauschüßbeisitzer die Verantwortung für eine solche Zurückweisung der von der Sparcasse beabsichtigten Schulgründung übernommen hätte, wohl wissend, daß die Lehrergehälter der nach Entfallen dieser Schule zu gründenden deutschen Schule in Laibach vom Normalschulфонде in Laibach getragen werden müssen. Es sei dieß ein in der Geschichte des Schulwesens aller Länder einzig dastehender Fall, daß das Anerbieten eines schulfreundlichen, geldkräftigen Institutes zur Errichtung einer directivmäßigen deutschen Schule von einer Landesregierung, die doch die wahren Interessen des Landes wahrnehmen sollte, zurückgewiesen wurde. Redner glaubt die Angelegenheit jetzt zur Sprache bringen zu sollen, nachdem im letzten Landtage der Minorität die Besprechung dieses Falles bei der gedachten Interpellationsbeantwortung verweigert worden war.

Gegen diese vom Redner in erregter Stimmung vorgebrachte Anklage gegen die k. k. Landesregierung versucht Landespräsident Baron Winkler sein Vorgehen zu rechtfertigen. Er könne vor Allem nicht begreifen, wie man sein Wohlwollen für das Land ausdrücklich anerkenne (Rufe rechts: War nur ironisch gemeint!) und dennoch solche Anwürfe gegen ihn erhebe. Er sei stolz darauf, daß die Errichtung der besagten deutschen Schule in Laibach sein Werk sei. Nur der Gemeinde stünde das Recht zu, eine deutsche Schule zu errichten, die Sparcasse habe sich mit anderen Sachen zu befassen als mit der Haltung einer deutschen Schule (Rufe rechts: Realschulbau!), die Sparcasse hätte das erforderliche Geld zur Errichtung der deutschen Schule dem Gemeinderathe zur Verfügung stellen sollen. Er konnte nicht anders vorgehen, als es geschah, das Landesgesetz wegen Übernahme der städtischen Lehrergehälter an den Normalschulфонд sei am 28. December erlassen, der abschlägige Bescheid an die Sparcasse am 20. Jänner 1885 ergangen. Inzwischen lag die Entscheidung des Unterrichtsministers, womit die Stadtgemeinde zur Errichtung von deutschen Volksschulen für Knaben und Mädchen verpflichtet wurde.

Abg. Luchmann klärt den Herrn Landespräsidenten dahin auf, daß er die Behauptung seines Wohlwollens für den Normalschulфонд falsch aufgefäßt habe. Ebenso sei es eine sonderbare Zumuthung, daß die Sparcasse ihre Fonds zur Gründung der von ihm beabsichtigten Schule dem Laibacher Gemeinderathe zur Verfügung stellen möge. Die Deutschen im Lande hätten es ohnehin zur Genüge erfahren, wie wenig ihre wichtigsten Interessen in dieser Körperschaft beachtet würden, es drehe sich daselbst ohnehin Alles um die Sprache, derjenige, der dießfalls die extremste Richtung verfolgt, könne darauf rechnen, die Leitung der ganzen Partei in die Hand zu bekommen. Weiters sei es dringendst zu wünschen, daß der von der Sparcasse gegen jene Entscheidung der Landesregierung ergriffene Ministerialrecurs endlich einmal auch seine Erledigung finde, indem ja die Sparcasse auch die Errichtung von Arbeiterwohnungen beschloßen hat, welche gewiß als eine sehr nützliche und humanitäre Einrichtung anzusehen wären.

Landespräsident Baron Winkler hebt nochmals seine Verdienste um die entstandene deutsche städtische Volksschule hervor. Es gereiche ihm zum größten Vergnügen, daß daselbst zwei tüchtige Lehrkräfte anbestellt seien, die sich den deutschen Unterricht recht angelegen sein ließen. Es sei zwar durch einen Verein eine andere deutsche Schule in Laibach begründet worden, die er für völlig überflüssig

halte. Wenn die Deutschen in Laibach sich über die Nichtvertretung ihrer Interessen im Gemeinderathe beklagen, so seien sie selbst daran schuld, indem sie von den Ergänzungswahlen in den Gemeinderath sich gänzlich ferne hielten. Die von der Sparcasse beabsichtigte Schule wäre nur eine Privatschule gewesen, was die Stadtgemeinde von der Verpflichtung der Gründung einer öffentlichen deutschen Schule nicht enthoben hätte. (Rufe rechts: Die Idrianer Werkschule ist auch nur eine Privatschule.) Uebrigens habe die Sparcasse gegen die hierortige Entscheidung beim Ministerium recurirt. Falls ihr Unrecht geschah, steht ihr der Weg an den Verwaltungsgerichtshof immer noch offen. Die Landesregierung handle hierin nicht selbst, sondern nach höheren herabgelangten Weisungen, die Ueberweisung der Lehrergehälter an den Normalschulфонд sei eine ganz gesetzmäßige gewesen.

Abg. Deschmann constatirt nochmals, daß der Landespräsident dem Kernpunkt der Frage aus dem Wege gehe. Wie der Landesauschüß bei der Errichtung anderer neuer Schulen, deren Lehrergehälter aus dem Normalschulфонде bestritten werden, stets um seine Wohlmeinung befragt wurde, so hätte dieß auch bei den gedachten neuen städtischen Schulen geschehen sollen, die abschlägige Erledigung der Regierung sei, was der Herr Landespräsident zugibt, nach dem erlassenen Gesetze erfolgt, damals hatte die Lehrergehälter dieser Schule nicht die Stadtgemeinde, sondern der Normalschulфонд zu übernehmen, der durch jene Verfügung der Regierung mit einer von Jahr zu Jahr wachsenden Mehrausgabe belastet wurde. Wenn man keinen Anstand nahm, von der Sparcasse das Geschenk von jährlichen 6000 fl. durch drei Jahre, somit im Ganzen von 18.000 fl. für Schulhausbauten entgegenzunehmen, so hätte ebenso gut derselben auch die Errichtung einer vierclassigen deutschen Volksschule zugestanden werden können.

Abg. Poklukar behauptet, daß kein nationaler Abgeordneter ein solches Geschenk der Sparcasse angenommen hatte.

Niemand von der Gegenpartei unternimmt es, das Vorgehen des Landespräsidenten als ein correctes in Schutz zu nehmen, selbst Professor Schulle bringt als Entgegnung auf die vorgebrachten Anklagen gegen Baron Winkler die Bemerkung vor, daß die Sparcassenschule nur als eine Privatschule anzusehen gewesen wäre, daher die Stadtgemeinde nicht enthoben worden wäre, eine eigene deutsche Schule zu gründen.

Aus dem Landtage.

In der zehnten Landtagsitzung am 4. d. referirte zunächst Abg. Poklukar für den Finanzauschüß über den Rechnungsabschluss pro 1884 und den Voranschlag pro 1886 der Slaper Schule und des Landesculturфонdes, welche sämtlich ohne Debatte genehmigt werden; zu letzterem wäre zu bemerken, daß die eingeführten Jagdkarten — die hier in Einnahme kommen — einen Jahresertrag von nahezu 3000 fl. liefern.

Abg. Kernik referirt zum Rechenschaftsberichte über die gewährten Landes-Unterstützungen. Der Bericht wird zur Kenntniß genommen und über Antrag des Abg. Pfeifer noch eine Resolution angenommen, wornach die Regierung für die durch die Elementarereignisse des vergangenen Jahres Beschädigten auch um eine Staatsunterstützung und um Steuererleichterungen ersucht wird.

Abg. Samez berichtet für den volkswirtschaftlichen Ausschüß zum Rechenschaftsberichte betreffs der Mittel gegen den Branntweingenuß und theilt zunächst mit, daß der bezügliche, im Vorjahre der Regierung übermittelte Gesekentwurf als nicht annehmbar erklärt wurde, indem derselbe mit der in den Wirkungskreis des Reichsrathes fallenden

Gewerbeordnung, überhaupt mit der Gewerbebesekgebung im Widerspruche steht. Im Uebrigen stellte der Referent folgende Anträge: „1. Die hohe Regierung wird dringlich ersucht, dem Reichsrathe einen Gesekentwurf, gültig für das Land Krain, gegen den Branntweingenuß und gegen die Trunksucht vorzulegen. 2. Die hohe Regierung wird dringendst gebeten, es möge die Bestimmung im § 7 ihrer Ausführungsverordnung vom 12. Jänner 1885, betreffend die Einhebung der Landesumlage von 3 fl. per Hektoliter auf gebrannte Flüssigkeiten, dahin abgeändert werden, daß kein Quantum zum Genuße verwendeter geistiger Flüssigkeiten (außer in Apotheken) der Besteuerung mit der Landesauslage entzogen werden darf. 3. Der Landesauschüß wird beauftragt, die Frage zu erwägen, ob es für den Landesfond nicht von Vortheil wäre, wenn die Landesumlage auf gebrannte Flüssigkeiten nach ihrer Stärke, nämlich der Menge des Alkohols, welchen sie enthalten, berechnet werden würde. 4. Die hohe Regierung wird ersucht, es möge im verfassungsmäßigen Wege das Gesek vom 23. Juni 1881 vor Allem bezüglich der gerechten Vertheilung der Steuer vom Verkaufe und Ausschante gebrannter Flüssigkeiten abgeändert werden.“ Sämmtliche Anträge werden ohne weitere Debatte angenommen, nachdem der Abg. Kun in einer längeren Rede die Regierung zu energischem Einschreiten gegen die Alkoholpest aufgefordert hatte.

Nach verschiedenen Referaten über Petitionen und Unterstützungsersuche begründeten die Abgeordneten Detela und Poklukar ihre Anträge auf Erlassung eines Strafgesetzes, resp. Organisirung einer Landes-Wasserschutz-Commission; ersterer Antrag wird dem Verwaltungs-, der zweite dem volkswirtschaftlichen Ausschüße zugewiesen.

Hierauf erstattet Abg. Gutmannsthal für den volkswirtschaftlichen Ausschüß zum Rechenschaftsberichte das Referat über die Eisenbahn-Tarife. Dasselbe knüpft an den bezüglichen Landtagsbesekluß vom 17. October 1884 an, worüber der Landesauschüß, aber erst am 18. November 1885, eine mit zahlreichen commercieell-statistischen Daten (die ihm meist vom Mitgliede des Eisenbahnrathe Herrn Karl Luchmann geliefert wurden) versehene Eingabe an das Handelsministerium richtete. Der Bericht gedenkt weiter ausführlich der im Eisenbahnrathe über die Tarifverhältnisse in Krain stattgehabten Verhandlungen und gefaßten Beseklüsse, in welcher Richtung, sowie betreffs der angeführten Eingabe des Landesauschusses der weitere Erfolg abzuwarten sein wird. Weiters betont der Bericht die höchst verdienstliche Thätigkeit des Herrn Abg. Luchmann im Eisenbahnrathe, dann die Wichtigkeit der Linie Triest-Herpelje und des bevorstehenden Pöagevertrages für die Strecke Laibach-Divacca für die hierländischen Verkehrsverhältnisse. Schließlich werden die folgenden Anträge gestellt: „Indem der dargestellte Sachverhalt zur Kenntniß dient, wird der Landesauschüß beauftragt, im Nachhange zu seinem unterm 18. November 1885 an das hohe Handelsministerium erstatteten Berichte diesem hohen Ministerium noch die nachstehenden Wünsche des krainischen Landtages zur Kenntniß zu bringen und wärmstens anzuempfehlen: a) daß bei Abschluß eines Pöagevertrages bezüglich der Strecke Divacca-Laibach der Verkehr von Krain nicht der Südbahn im Cartellwege überlassen, sondern daß den krainischen Stationen die Benützung des Staatsbahn-Tarifes ermöglicht werde; b) daß die Erweiterung des Rudolfsbahnhofes in Laibach ehestens vorgenommen und, wenn thunlich, eine Betriebsdirection oder wenigstens eine Maschinenwerkstätte in Laibach errichtet werde; c) daß eine hohe k. k. Regierung selbst nach Zustandekommen des Pöagevertrages mit der Südbahn auf eine directe eigene Verbindung der krainischen Rudolfs

bahnstrecke mit thunlichster Beschleunigung Bedacht nehmen wolle.

Die gestellten Anträge werden nebst einem Zusatzantrage des Abg. Dollenz, dahingehend: „Der Landesausschuß habe sich bezüglich des Ausbaues der Rudolfsbahn bis zum Adriatischen Meere mit den übrigen sich um diesen Bau interessirenden Landesausschüssen und Corporationen in's Endernehmen zu setzen“, zum Beschlusse erhoben.

Abg. v. Gutmannsthal berichtet über eine Petition um Erlassung eines Gesetzes über das bäuerliche Erbrecht und die bäuerlichen Heimstätten und beantragt, von einer weiteren Verhandlung dießfalls Umgang zu nehmen, da in der Allerhöchsten Thronrede vom 28. September 1885 bereits die Vorlage dieser Gesetzentwürfe im Reichsrathe angekündigt wurde.

In der elften Sitzung am 7. d. berichtete zunächst Abg. Faber für den volkswirtschaftlichen Ausschuß über zwei Gesuche der Gemeinden Widem und Wufnitz um Einreihung von Gemeindeftraßen in die Kategorie der Bezirksstraßen und beantragte, ersterem Gesuche definitiv stattzugeben, das zweite an den Landesausschuß um weitere Erhebungen zu leiten, was auch beschlossen wird; — ferner über das Gesuch der Gemeinden Belbes und Görjach um eine Subvention behufs Umlage der Straße im Dorfe Belbes und beantragt, den Landesausschuß zu einer entsprechenden Subvention zu ermächtigen. Der Antrag wird angenommen.

Für den volkswirtschaftlichen Ausschuß beantragt Abg. Papesch, dem Orte St. Marc eine Subvention von 100 fl. für eine Wasserleitung zu bewilligen, und Abg. Dvreska, den Landesausschuß zu bevollmächtigen, der Untergemeinde Grobsche nach Umständen zur Herstellung einer Skarpe einen Beitrag zu geben.

Abg. Papesch beantragt für den Verwaltungsausschuß, zum Rechenschaftsberichte die erfolgte Sanction des Gesetzes über die Beitragsleistung der Affecuranz-Gesellschaften für die freiwilligen Feuerwehren zur Kenntniß zu nehmen. Abg. Grasselli hebt hervor, daß die Gesellschaften die Last auf die Affecuranznehmer überwälzen und daß insoferne der Zweck des Gesetzes nicht erreicht werde. Außerdem sei es wichtig, bezüglich der bestehenden Feuerwehren die Organisation und die Art ihrer Thätigkeit, desgleichen den finanziellen Effect des Gesetzes genauer zu erheben, weshalb er folgende Anträge stellt: „1. Der Landesausschuß wird beauftragt, in der nächsten Session dem Landtage detaillirt zu berichten, welche die Erfolge des in Rede stehenden Gesetzes vom 20. December 1884, Z. 17 L.-G.-Bl., waren. 2. Unter Einem wird der Landesausschuß beauftragt, den Stand des Feuerwehrwesens zu beleuchten, über die Anzahl der freiwilligen Feuerwehren, ihre Organisation, die Feuerlöschgeräthe und schließlich darüber zu berichten, welche Feuerwehren Krankenunterstützungsfonde besitzen.“ — Sämmtliche Anträge werden angenommen.

Abg. Sveteč beantragt für den Verwaltungsausschuß, die Wahlreformanträge der Abg. Kun und Schulle an den Landesausschuß behufs Berichterstattung in der nächsten Session abzutreten. Wird beschlossen.

Abg. Grasselli berichtet für den Verwaltungsausschuß über eine Petition der Gemeinde Eisnern, betreffend den Mangel an Aerzten auf dem Lande. Referent hebt den allgemeinen Charakter und die hohe Wichtigkeit dieser Frage hervor, erinnert an den bezüglichen Gesetzentwurf vom Jahre 1874, der nicht verwirklicht wurde, weil die Gemeinden die ihnen für die Erhaltung eines Arztes erwachsenden Kosten nicht tragen zu können erklärten. Es war damals für jede Gemeinde mit

6000 Seelen, beziehungsweise für mehrere Gemeinden mit höchstens 7000 Seelen und höchstens zwei Quadratmeilen Umfang ein Arzt mit 400 fl. Gehalt und Reisepauschale in Aussicht genommen. Nach diesen Bestimmungen wären etwa 70 Aerzte in Krain nothwendig. Damals waren in Krain (ohne Laibach, aber mit Zuzählung der I. K. Aerzte) 20 Doctoren und 54 Chirurgen, heute gibt es 25 Doctoren und 33 Chirurgen, die Verhältnisse sind also noch schlechter geworden und sie sind fast nirgends so ungünstig als gerade in Krain. Mit der Zeit werde die Frage der Wiederzulassung von Chirurgen auftauchen, jedenfalls müsse bald etwas in dieser wichtigen Angelegenheit geschehen, mit der man sich auch in anderen Provinzen vielfach beschäftigt, namentlich wird zu erwägen sein, ob nicht das Land einen Theil der Kosten übernehmen solle. Schließlich stellt der Berichterstatter den Antrag: „Der Landesausschuß habe in der nächsten Session über die Mittel zur Abhilfe auf diesem Gebiete Bericht zu erstatten.“ Landespräsident Baron Winkler betont ebenfalls die hohe Wichtigkeit des Gegenstandes. Die Landesregierung habe denselben vielfach berathen, aber schließlich beschlossen, vorderhand nichts zu thun, bis nicht über die Neugestaltung der Gemeinden, die Frage eines eventuellen Landesbeitrages zc. entschieden sein wird. (Wir fürchten, daß durch diese Verquickung mit dem Gemeindegesetze diese überaus dringliche Angelegenheit ungebührlich lange verzögert werden wird; eine theilweise und provisorische Abhilfe wenigstens schiene uns auch derzeit möglich. Anm. d. Red.) Schließlich erklärt es der Landespräsident für sehr wünschenswerth, wenn der Landesausschuß auf Basis der zu pflegenden Erhebungen ein bezügliches Landesgesetz vorlegen würde.

Abg. v. Bleiweis unterstützt den gestellten Antrag — der dann auch angenommen wird — und bemerkt hiebei, daß auf eine Reactivirung der chirurgischen Lehranstalten die Regierung keineswegs eingehen werde und daß nichts übrig bleibe, als den Sanitätsdienst mit großen Opfern nach dem Muster Mährens zu organisiren oder mindestens einen entsprechenden Betrag künftig wie in Niederösterreich in's Budget einzustellen behufs Subventionirung jener Gemeinden, die willens sind, Aerzte anzustellen; ein Betrag von etwa 700 fl. sei das Minimum, das im Ganzen einem Doctor der Medicin gesichert werden müßte, um ihn zu veranlassen, seinen Wohnsitz am Lande zu nehmen.

Abg. Schulle berichtet namens des Finanzausschusses zum Abschnitt Unterrichtswesen des Rechenschaftsberichtes und beantragt, die Durchführung der bezüglichen Beschlüsse des Vorjahres zur Kenntniß zu nehmen. Nach einer Mittheilung des Landes Schulrathes sei im Ganzen noch die Errichtung von 45 neuen Volksschulen oder mindestens von 14 Nothschulen und 35 neuen Schulen in Krain erforderlich. Schließlich wird eine Resolution beantragt und angenommen, wornach der Landesausschuß im Hinblick auf die Belastung des Normalerschulfundes angewiesen wird, der Errichtung neuer oder der Erweiterung bestehender Schulen nur dann zuzustimmen, wenn eine Abhilfe durch Halbtagsunterricht oder durch eine Nothschule ausgeschlossen erscheint. Ueber Antrag des Abg. Kun wird bei diesem Gegenstande noch der Gemeinde Niederdorf bei Reifnitz für die Erweiterung ihrer Schule ein Betrag von 415 fl. restituirt, welchen diese Gemeinde für die Ablösung der Organistencollectur bezahlt hatte.

Abg. Pfeifer beantragt, über eine bezügliche Petition zweien landschaftlichen Diurnisten das Normalalter nachzusehen mit Bezug auf ihre gut abgelegte Prüfung aus der Staatsrechnungswissenschaft. Abg. Apfaltrern spricht dagegen, indem es einerseits bei Diurnisten überhaupt kein Normalalter gebe, sondern nur eine Verwendung

nach Maßgabe der Brauchbarkeit, andererseits aber eine Habilitirung zu Beamten im Hinblick auf die damit verbundene Belastung des Pensionsfondes durchaus nicht zu empfehlen wäre. Trotzdem wird der Antrag des Petitionsausschusses mit Majorität angenommen.

In der zwölften Sitzung am 11. d. kamen zunächst Grundentlastungs- Angelegenheiten zur Verhandlung. Abg. Moschó referirt für den Finanzausschuß über das Remunerationsgesuch eines Diurnisten bei der Grundlastenablösungs-Landescommission und beantragt die Abweisung. Wird beschlossen.

Abg. Deschmann beantragt namens desselben Ausschusses, der Landtag wolle in Stattgebung der Anträge der Landescommission bezüglich der als Rückstände ausgewiesenen, den Parteien der Bezirkshauptmannschaft Tschernembl zur Last fallenden Commissionskosten im Gesamtbetrage von 4969 fl. 51 1/2 kr. nach Abschreibung von Beträgen zusammen von 1066 fl. 36 kr. von den noch verbleibenden Vorschüssen per 3903 fl. 15 1/2 kr. die Uebernahme eines Drittels derselben mit 1301 fl. 5 kr. auf den Grundentlastungsfond unter der Bedingung beschließen, daß das zweite Drittel dieses Rückstandes von der Herrschaft Pölland, das dritte Drittel von den betreffenden Servitutberechtigten refundirt werde. Dieser Antrag wird angenommen, nachdem Abg. Faber unter Darstellung der besonders schwierigen Ablösungsarbeiten bei der Herrschaft Pölland ihn anempfohlen und Abg. Baron Apfaltrern eine kürzlich erfolgte Verordnung, daß Arbeiten bei der Grundlastenablösung nur von autorisirten Geometern ausgeführt werden dürfen, in ihren bedenklichen Folgen beleuchtet hatten. Bleibt die Verordnung aufrecht, so dürften die bezüglichen Geschäfte sich endlos hinauszuziehen, indem viele fertige Arbeiten, welche die autorisirten Geometer nicht werden anerkennen wollen, dann fast werthlos erscheinen und den Parteien neue Kosten verursachen werden.

Abg. Moschó berichtet über den Rechnungsabluß des Grundentlastungsfondes pro 1884 und beantragt die Genehmigung mit dem Auftrage an den Landesausschuß, für genaue Einbringung der Rückstände des 20%igen Zuschlages Sorge zu tragen. Der Antrag wird angenommen. Aus dem betreffenden Gebahrungsausweise entnehmen wir noch, daß das Gesamtvermögen mit Ende des Jahres 1884 6,104.227 fl. 30 kr., die Schulden aber 6,686.532 fl. 27 1/2 kr. betragen, daher die effective Schuld 582.304 fl. 97 1/2 kr. beträgt, sich also die Schuld des Landes an den Staat bei der Grundentlastung um 181.420 fl. 68 1/2 kr. vermindert hat.

Abg. Schulle referirt für den Finanzausschuß über die Quartiergeld-Entschädigungen für die Volksschulleiter und beantragt, dem Oberlehrer A. Praprotnik pro 1886 100 fl. Extrazulage, also 220 fl., der Oberlehrerin Julie Wood 120 fl. zu bewilligen, unter Einem aber verwarfte sich der Landtag gegen jede gesetzliche Verpflichtung des Normalerschulfundes, für Wohnungen der Oberlehrer oder Quartiergeld-Entschädigungen zu sorgen, und beauftragt den Landesausschuß zur genaueren Berichterstattung, aus welchen Gründen eine Reihe von Quartiergeldern auf den Normalerschulfond übernommen wurde. Sämmtliche Anträge werden angenommen, nachdem in einer kurzen Debatte Regierungsrath Hotschewar die Frage, wer für Wohnung oder Quartiergeld zu sorgen habe (Normalerschulfond oder Gemeinden), als streitig bezeichnet hatte, inbeß der Berichterstatter den Standpunkt vertrat, daß es sich entschieden um ein sachliches Erforderniß handle, also die Gemeinden aufzukommen haben.

Abg. Mosché berichtet für den Finanzausschuss über den Rechnungsabschluss des Landesfond pro 1884 und den Vermögensstand Ende 1884. Gegenüber dem betreffenden Präliminare waren die factischen Einnahmen höher um 59.128 fl. 93 kr., die factischen Ausgaben höher um 74.337 fl. 86 1/2 kr., daher sich ein Cassedeficit zeigt per 15.208 fl. 80 1/2 kr.; der Vermögensstand zeigt einen Zuwachs von 10.133 fl. 78 kr. Der Berichterstatter beantragte die Genehmigung, tadelte aber zugleich das Vorgehen des Landesauschusses bei Bewilligung von Remunerationen an Landesbeamte, von denen der nicht unbedeutende Betrag von mehr als 500 fl. nach Erschöpfung des hiefür gewährten Crediten von 600 fl. ohne alle Rechtfertigung auf die Landtagsauslagen übertragen wurde, auf welche Rubrik auch die Kosten der Uebersetzungen der Landtagsvorlagen in's Slovenische entfallen. Desgleichen ward keine detaillirte Rechtfertigung wegen Ueberschreitung der Ausgabrubrik „Diurnen“ um mehr als 1000 fl. gegeben, man verwendete hiezu die an den Beamtengehältern ersparten Intercalarien. Der Finanzausschuss beantragt daher weiters, daß künftighin eine einzige Ausgabrubrik für „Remunerationen und Zuschüsse“ in das Landesbudget eingestellt werde und daß andere Credite hiefür nicht in Anspruch genommen werden dürfen. Bei der Debatte über diesen Gegenstand bemerkte Dr. Bleiweis, weshalb von der früher bestandenen Uebung, im Rechenschaftsberichte alle Beamten anzuführen, denen Remunerationen gegeben wurden, abgegangen wurde, er beantragte, daß künftighin wieder ein solcher Ausweis geliefert werde. Abg. Baron Apfaltrern spricht seine Befriedigung über die vom Finanzausschusse und von Dr. Bleiweis gestellten Anträge aus und weist auf die ungewöhnlich hohe Ausgabrubrik der Landtagskosten in Krain hin, welche jene anderer Länder von größerem Umfange übertreffen. Auffallend sei schon die erste Post dieser Ausgabrubrik, nämlich für das bei der Landtagseröffnung celebrirte Hochamt mit 50 fl., während in den Nachbarländern Kärnten und Steiermark hiefür nur 25 fl. gezahlt werden. Auch beklagt sich der Redner über die verspätete Zustellung der Landtagsberichte, welche oft erst zu Beginn der Sitzung, in welcher über den betreffenden Gegenstand verhandelt wird, in die Hände der Abgeordneten gelangen. Gleichzeitig empfiehlt Baron Apfaltrern, darauf zu sehen, daß die Landesbeamten die instructionsmäßig vorgeschriebenen Amtsstunden genau einhalten und ihre Zeit gut ausnützen, wo dann manche Remuneration für besondere Arbeiten erspart werden könnte, und er befürwortete in dieser Richtung die Anstellung eines landschaftlichen Kanzleidirectors.

Schließlich wurden die bereits erwähnten, sowie die weiteren Anträge des Finanzausschusses, daß der Landesauschuss Präliminarüberschreitungen hintanzuhalten und in unvermeidlichen Fällen selbe gründlich zu motiviren habe, ferner daß der Gehalt des Musealcustos und die Kosten des Museums künftig beim Musealfonde zu verrechnen seien, angenommen. Wegen des letztermähnten Antrag hatte Abg. Baron Apfaltrern gesprochen, mit vollem Recht betonend, daß der Musealfond beim Baue des Rudolphinums verbrannt worden, daß die Smole'sche Stiftung nur dazu da sei, die Sammlungen des Museums zu erhalten und zu vermehren, und daß die Bestreitung des Custosgehaltes aus dem Landesfonde nur der Erfüllung einer Verpflichtung des Landes gegenüber dieser wichtigen Bildungsanstalt gleichkomme.

Politische Wochenübersicht.

In dem letzten in Wien unter dem Vorhabe Sr. Majestät des Kaisers abgehaltenen gemeinsamen

Ministerrathe wurde bezüglich der Ausgleichsverhandlungen die vollständige Verständigung der beiderseitigen Regierungen in allen Hauptpunkten constatirt. Das Zoll- und Handelsbündniß wird mit wenigen Modificationen aufrecht erhalten. Die Regierungen beabsichtigen, nach erzielter Verständigung über einige noch schwebende, aber nicht wesentliche Punkte die Legislativen aufzufordern, behufs Vereinbarung der Quote Regnicolardeputationen zu entsenden und gleichzeitig alle den Ausgleich betreffenden Gesetzesentwürfe zu unterbreiten.

Die Landtagsession nähert sich auch in den Landtagen, die nach Weihnachten die Sitzungen nochmals aufnahmen, ihrem Ende. Im böhmischen Landtage kam es zu heftigen Erörterungen zwischen dem Statthalter und den deutschen Abgeordneten, wobei Ersterer in gewohnter Weise seine Unparteilichkeit betonte, ohne im Allgemeinen auf die erhobenen Vorwürfe näher einzugehen. Im Tiroler Landtage fand eine sehr erregte Schuldebatte statt; die Clerikalen forderten die rein katholische Schule, der Statthalter betonte hingegen die Nothwendigkeit, an den Reichs-Volksschulgesetzen festzuhalten. Im niederösterreichischen Landtage wurde die Errichtung einer Landeshypothekenbank principiell angenommen, aber die Ausführung auf die nächste Session verschoben. Der niederösterreichische Landtag hat sich für die Einführung der directen Landtagswahlen in den Landgemeinden ausgesprochen und neuerdings der Vermehrung der Zahl der Landtags-Abgeordneten für Wien zugestimmt. Beide Beschlüsse wurden bloß principiell gefaßt, doch wird die auf Grund derselben erforderliche Abänderung der Landesordnung und der Landtags-Wahlordnung für Niederösterreich zweifellos in der nächsten Session nachfolgen.

Im niederösterreichischen Landtage sprach gelegentlich der Debatte über den Antrag auf Erhöhung der Lehrgelalte der Abgeordnete Dumba das Bedauern aus, daß sich ein Theil der Lehrerschaft die Sympathien der Bevölkerung verschert habe. Es komme vor, daß sich Lehrer in der extremsten politischen Richtung bewegen und als politische Hezer auftreten. Besonders bedauernswerth sei es, daß einzelne Lehrer die Hauptagitatoren im Lager Jener bilden, welche gegen Racen und Confessionen hetzen und Oesterreich vor dem Auslande compromittiren. Ebenso wie der Priester müsse sich auch der Lehrer von der politischen Heze fernhalten.

Im schlesischen Landtage beantragte der Abgeordnete Pellar (ein Slave) eine Resolution, betreffend den Unterricht in der deutschen Sprache an den czechischen und polnischen Volksschulen Schlesiens.

Im Sprachenausschusse des böhmischen Landtages erklärte sich die Regierung gegen alle entscheidenden Punkte des bekannten Antrages Plener, sagte aber bezüglich des Antrages Trojan gewisse Erhebungen zu.

Wir haben schon lezthin eines Erlasses gedacht, wodurch die Bezirkshauptmannschaften zu Erhebungen betreffs des Deutschen Schulvereines in der Richtung aufgefordert wurden, ob dessen Ortsgruppen nicht sich auf das politische Gebiet begeben hätten. Nach vielfacher Ansicht dürfte dieser Erlaß auf der Absicht der Regierung beruhen, dem Deutschen Schulvereine aufzutragen, sich in einen politischen Verein umzuwandeln, was ziemlich dessen Auflösung gleichkäme — einen directen Gewaltact will man vermeiden — da bei einem politischen Vereine Frauen, Ausländer und Minderjährige nicht Mitglieder sein können und auch eine Organisation mit Zweigvereinen in den verschiedenen Ländern unmöglich wäre.

Die „Narodni Listy“ erfahren, die Regierung werde, wie gegen den Deutschen Schulverein, so auch bezüglich der Burschenschaften und ähnlicher Corporationen die Untersuchung einleiten, ob dieselben nicht als öffentliche Vereine zu betrachten seien.

Der ungarische Reichstag eröffnete am 12. d. M. die Budgetdebatte.

Am 8. d. M. ist der deutsche Reichstag zusammengetreten; er wird sich in erster Linie mit wirtschaftlichen Fragen, mit der Zuckerbesteuerung, mit dem Branntwein-Monopol, mit der Unfallversicherungsforderung der Landarbeiter und der Nord-Ostsee-Canalherstellung beschäftigen.

Am 12. d. hat das neugewählte englische Parlament seine Sitzungen begonnen.

In der Nacht zum 11. d. M. versuchten ein Sergeant und 40 Soldaten sich der Citabelle St. Julien in Carthagen (Spanien) zu bemächtigen. Die Angreifer wurden von der Garnison der Citabelle und den unter dem Befehle des Militär-Gouverneurs stehenden Truppen zurückgewiesen. Der Gouverneur wurde leicht verwundet. Es ist den Insurgenten gelungen, sich auf ein sie erwartendes Schiff zu flüchten.

König Milan empfing Deputationen, welche die Fortsetzung des Krieges verlangten.

Die Friedensverhandlungen zwischen Serbien und Bulgarien, deren Beginn noch immer auf Schwierigkeiten stößt, werden wahrscheinlich in Konstantinopel geführt werden. Serbien soll Bularest dafür vorgeschlagen haben. — Der Fürst von Bulgarien verordnete die Einführung der bulgarischen Justizgesetze in Rumelien.

Die Vertreter der Großmächte überreichten in Belgrad, Athen und Sophia eine Collectivnote, worin auf Anregung des russischen Cabinets die Demobilisirung der Balkanstaaten Serbien, Griechenland und Bulgarien gefordert und versprochen wird, die Türkei werde dem Beispiele folgen.

Die „Pol. Corr.“ erfährt von ihrem Petersburger Correspondenten, daß die Gefinnungen des Cars gegenüber dem Fürsten Alexander von Bulgarien keinerlei Aenderung erfahren haben; auch die Siege des Fürsten vermochten hieran nichts zu modificiren und die entgegenkommenden Schritte des Fürsten gegenüber dem Caren in der letzten Phase der bulgarischen Krise sind bis zur Stunde ohne Erfolg geblieben. In all' diesen Schritten erblickte der Car nur politische Klugheitsacte des Fürsten, in die der Car kein volles Vertrauen zu setzen vermochte.

Die griechische Frage ist in den letzten Tagen wieder mit besonderer Heftigkeit in den Vordergrund getreten; ein griechisch-türkischer Krieg gilt nicht als ausgeschlossen.

Wochen-Chronik.

Die Akademie der Wissenschaften in St. Petersburg hat Se. kaiserl. Hoheit den Kronprinzen Rudolf zum Ehrenmitgliede ernannt.

Heinrich Graf Wolfenstein-Trostburg, Oberstleutnant im 6. Uhlanen-Regimente, wurde zum kaiserlichen Oberstküchenmeister ernannt.

Der bisherige Generaladvocat der Generalprocuratur in Wien, Dr. Leopold v. Cramer, wurde zum Generalprocurator und der bisherige Oberstaatsanwalt in Triest, Dr. Schrott, zum Generaladvocaten bei der genannten Centralstelle ernannt.

Der greise österreichische Dichter Eduard v. Bauernfeld in Wien feierte am 13. d. M. seinen 84. Geburtstag.

Nächst Röttschach in Kärnten soll eine Filiale der Laibacher Männer-Strafanstalt errichtet werden.

In der Gemeindecasse zu Groß-Rikinda wurde ein Abgang in der Höhe von 120.000 fl. constatirt; es wurden mehrere Beamtenverhaftungen vorgenommen.

Am 2. d. M. schlichen sich vier junge Croaten in die Kaserne in Fiume ein und haranguirten das Militär croatischer Nationalität zum bewaffneten Aufstande. Die jungen Leute gaben an,

daß eine Revolution gegen Ungarn bereits im Zuge sei und daß sich schon mehrere croatische Regimenter erhoben haben, um Croatien vom ungarischen Joch zu befreien. Von dem verbrecherischen Treiben erhielt ein Officier Kenntniß, der die vier jungen Leute ergreifen ließ und der Civilbehörde übergab.

In Annam zerstörte eine Rebellenbande eine katholische Mission. Ein französischer Missionär und 500 Christen wurden getödtet. Eine französische Kolonne deroutirte die Bande und nahm derselben die Waffen und Munition weg.

Provinz- und Local-Nachrichten.

— (Straf-Nachricht.) Se. Majestät der Kaiser hat jüngst 103 Sträflingen den Rest ihrer Strafzeit nachgesehen; darunter befanden sich 4 der Männer-Strafanstalt in Laibach und 3 der Weiber-Strafanstalt in Vigaun.

— (Vom Militär-Veteranenvereine in Stein.) Kronprinz Rudolf hat das Protectorat über den genannten Verein huldsvollst übernommen.

— (Personalnachrichten.) Bei der am 8. d. M. im hiesigen Ursulinenkloster vollzogenen Wahl der Oberin wurde die bisherige Oberin Mator Antonia Murgel für die nächsten drei Jahre wiedergewählt. — Der Regierungs-Concipist Herr Oscar R. v. Kaltenecker wurde zum provisorischen Bezirkscommissär ernannt.

— (Der neue Unterrichtsminister) findet vorläufig bei den Slovenen noch immer Gnade, während bekanntlich deren Reichsrathsgenossen, die Czechen und die Clerikalen, gegen denselben bereits sehr unwirsch aufgetreten sind, vornehmlich wegen der von ihm vorgenommenen neuen Referateintheilung, wornach die wichtigsten Agenden dem im Geruche liberaler Anwendungen stehenden neuen Sectionschef Graf Enzenberg und dem Hofrath David zugewiesen wurden, einem zwar ausgezeichneten, aber schon vom Vertrauen Stremayr's und Conrad's getragenen Beamten. Am merkwürdigsten nimmt sich bei der Kritik über Herrn v. Gautsch „Slov. Narod“ aus, der über ihn eine Wiener Correspondenz ganz im officiösen Ideengange bringt, vielleicht um hiedurch die Reactivirung seiner Patrone als geheime Regierungsräthe vorzubereiten. Nur so ist es erklärlich, wenn das genannte Blatt vom neuen Minister angeblich erwartet, daß er die allgemeinen Ziele des staatlichen Unterrichtes im Auge haben werde, Ziele, die nicht abhängig seien von den hundertlei Parteeinflüssen und Wünschen. Ein solcher Satz nimmt sich in einem nationalen Blatte wahrlich komisch aus. Seit wann schwärmen denn die Slovenen, wie überhaupt die Fractionen der Rechten für einen Minister und gar für einen Unterrichtsminister, der nur die Reichsinteressen sich zum Ziele nimmt? Ist nicht vielmehr die ganze Politik dieser Fractionen darauf gerichtet, in allen Zweigen der Verwaltung und namentlich auch im Unterrichtswesen ausschließlich Parteebestrebungen zum Durchbruche zu bringen? Wenn aber auch den neuesten Standpunkt des „Slov. Narod“ Niemand ernst nehmen wird, wollen wir uns denselben doch merken, um zu gelegener Zeit an diesen unvorsichtigen Ausspruch zu erinnern. Wir unsererseits haben vom ersten Momente an betont: man warte auf die Budgetdebatte, da wird es an der Zeit sein, sich über Herrn v. Gautsch das richtige Urtheil zu bilden; nunmehr sind nur noch einige Wochen dahin. Nebenbei bemerkt, ist es geradezu großartig, in welcher Weise das Presbureau auch dem neuen Unterrichtsminister gegenüber die Lohhuberei betreibt, ohne zu bedenken, wie geschmacklos, um nicht zu sagen, widerlich, sich so etwas in einem officiellen Blatte, z. B. in der „Laibacher Zeitung“, ausnimmt. Wir haben von Herrn v. Gautsch bisher eine zu gute Meinung,

um nicht sicher zu sein, daß er diesen aufdringlichen Ergießungen der officiösen Soldschreiber ganz ferne steht, und falls er sie läse, würde er sich dieselben gewiß verbieten, allein dieß ändert doch wenig an der Thatsache, daß das Reptilienwesen unter dem herrschenden Regime einen Umfang und eine Unverfrorenheit erreicht hat, die man in früheren Zeiten niemals für möglich gehalten hätte.

— (Landtags-sitzungen.) Jetzt, wo die Session ihrem Ende zugeht, folgen allmählig auch die Sitzungen rascher hintereinander, so daß wir den größeren Theil des Raumes unseres heutigen Blattes den Landtagsverhandlungen widmen, um mit der Berichterstattung nicht im Rückstande zu bleiben und unsere Leser mit thunlichster Raschheit in die Kenntniß der parlamentarischen Vorgänge im Lande zu bringen. Der Bericht über die 10., 11. und 12. Sitzung vom 4., 7. und 11. d. M. befindet sich im zweiten Artikel: „Aus dem Landtage“; die große und interessante Schuldebatte, die in der 13. Sitzung am 13. d. M. stattfand, veröffentlichen wir an leitender Stelle und nachstehend lassen wir endlich noch einen kurzen Bericht über die 14. Sitzung, die am 14. d. M., vorgestern, Donnerstag, stattfand, folgen, womit sämtliche bisherige Verhandlungen erschöpft sind. In der letzterwähnten Sitzung gelangten zuerst die Anträge des Finanzausschusses, das Rudolfinum betreffend, zur Verhandlung. Abg. Luckmann referirte und beantragte die Zustimmung zu den Anträgen des Landesausschusses sowohl in Betreff der Schenkung des verstorbenen B. Smole als bezüglich der Ueberschreitung der Voranschläge. Abg. Polukar sprach gegen diese Anträge in längerer Ausführung, wurde aber vom Abg. Deschmann gründlich widerlegt, so daß die Ausschusssanträge, für welche die Minorität stimmte, mit 17 gegen 13 Stimmen zur Annahme gelangten. Abg. Baron Pfalltrern beantragte entgegen den Anträgen des Ausschusses, der für ein Tischlerconfortium eine Entschädigung von 75% eines angeblichen Schadens in Vorschlag gebracht hatte, eine solche im Ausmaße von nur 50%, was auch angenommen wurde. Hierauf gelangte der Bericht des Finanzausschusses, betreffend den Voranschlag für die Wohlthätigkeits-Anstalten, Berichterstatter Abg. v. Bleiweis, zur Verhandlung. Es wurde beantragt, die ursprünglichen Ansätze des Voranschlages um ungefähr 4167 fl. zu erhöhen, nachdem die Verhandlungen mit den Ordensschwestern nicht nach allen Richtungen die gewünschten Resultate ergeben hatten. Dagegen sprach Abg. Baron Schwegel, indem er eingehend ausführte, daß nicht das Motiv der Kenntnißnahme der mit der Congregation schwebenden Ordensverhandlungen, sondern nur der Umstand, daß die bestehenden Verträge vor Jahresfrist nicht ablaufen könnten, den Landtag zu einer Erhöhung dieser Voranschläge bestimmen dürfe. Redner wies ausführlich nach, daß die bisherigen Ergebnisse der Verhandlungen in keiner Weise die in der vierten Landtagsitzung gefaßten Beschlüsse bezüglich Reduction der Regie- und Verpflegungsgebühren beeinflussen dürfen und daß der Landesausschuß diese Beschlüsse nur ernst und consequent durchführen müsse, um die Ersolge, d. i. eine Ersparung von ungefähr 8000 fl. per Jahr, zu sichern, welche die Minorität schon in einer früheren Landtagsitzung beantragt hatte und auf die das Land nunmehr zählen dürfe. Im weiteren Verlaufe gelangten einige kleinere Referate, betreffend erhöhte Umlagen der Gemeinden und einzelner Straßenausschüsse, und ähnliche administrative Angelegenheiten von untergeordneter Bedeutung zur Verhandlung und Annahme nach den Anträgen des volkwirtschaftlichen Ausschusses. Die Sitzung wurde um 2 Uhr abgebrochen und die nächste Sitzung auf den 16. d. M. angeordnet. Ueberblickt man die bisherigen Verhandlungen und die langen Pausen,

in denen bis auf die letzten Tage die Einge aufeinanderfolgten, so erscheint es wirklich kaum glaublich, in welcher Weise in dieser Session der Landtages die Zeit vertröbelt wird und welche langsamen Fortschritte in den Arbeiten zu constatiren sind: Alles dieß Dank der außerordentlich geschickten Leitung des Landtages und der wunderbaren Arbeitskraft der Majorität!

— (Parlamentarische Jubiläen.) Gestern versammelten sich die verfassungstreuen krainischen Abgeordneten zu einer gefälligen Vereinigung um bei diesem Anlasse das 25jährige Jubiläum der Ausübung des Landtagsmandates zu feiern, das drei dieser Abgeordneten in diesem Jahre begehen. Der Führer des krainischen Großgrundbesitzes Herr D. Freiherr von Pfalltrern, sowie Herr R. Deschmann, eines der verdienstvollsten und hervorragendsten Mitglieder der liberalen Partei in Krain sind seit der Eröffnung des krainischen Landtages im Jahre 1861 bis heute ununterbrochen, und Präsident Ritter von Venenuti-Gutmannsthal, ebenfalls seit jener Zeit und nur mit einer kurzen Unterbrechung, Mitglieder des krainischen Landtages gewesen und haben sich an dessen Verhandlungen stets mit der größten Hingebung betheiliget. Fünfundzwanzig Jahre parlamentarischer Thätigkeit auf diesem Terrain sind eine große, schwierige Leistung, die nur Derjenige vollkommen begreifen und würdigen kann, der unsere hiesigen Verhältnisse genau kennt. Da diese Thätigkeit zu einem großen Theile unter den ungünstigsten Verhältnissen einer Minorität entfaltet werden mußte, die mit der größten Entschlossenheit und mit schweren Opfern für den österreichischen Staatsgedanken in Krain zu kämpfen hat und oft in diesem Kampfe nur auf die eigene Kraft angewiesen ist, so sind diese Dienste unter solchen Verhältnissen im eigentlichen Sinne als Kriegsjahre zu zählen. Die genannten Abgeordneten, deren Jubiläum im Freundeskreise ihrer Collegen gefeiert wurde, haben sich die größten Verdienste für das Reich und das engere Vaterland erworben in den schwersten Kämpfen, die sie seit 25 Jahren gegen Gegner geführt hatten, denen oft jedes Mittel recht oder noch so würdiges Mittel unrecht ist, um häufig nur persönliche Zwecke zu verfolgen oder anzustreben ohne Rücksicht auf die höheren staatlichen Aufgaben und auf die wahren Interessen des Landes. Wie diesen Männern vereint kämpfte vor 25 Jahren der unvergeßliche Graf Anton Auersperg (Anastasi Grün) für die hohen Culturaufgaben, die in diesem Lande noch zu lösen sind, für Recht und Freiheit und echte Vaterlandsliebe, die nichts gemein hat mit jenem Chauvinismus und mit jenen Ideen, die von den krainischen Starcevic propagirt worden. Die Versammlung, wenn auch im engsten Kreise, war sehr anregend, und die Jubilarer, an ihrer Spitze der allgemein hochgeehrte Führer der verfassungstreuen liberalen Partei in Krain, Baron D. Pfalltrern, empfingen von ihren Collegen die lebhaftesten und schmeichelhaftesten Beweise der warmen Sympathie, deren sie sich unter ihren Gesinnungsgenossen erfreuen. Diesem Gedanken und der aufrichtigen Dankbarkeit, welche die gesammte Verfassungspartei in Krain diesen Männern für ihre langjährige, mühevollen Wirksamkeit im öffentlichen Leben schuldet, wurde in verschiedenen Tischreden Ausdruck gegeben, deren Reihe Baron Schwegel eröffnete und die in ihrem Zusammenhange die Geschichte der constitutionellen Aera seit 1862 und die Kämpfe in berebter Weise illustrirten, die hier fern vom Centrum, an den Grenzmarken des Reiches, für den österreichischen Staatsgedanken, für die Reichseinheit und für die Reichstreue gekämpft worden und gekämpft werden. Erst in späterer Stunde trennten sich die Gesinnungsgenossen, von der Ueberzeugung erfüllt, daß ihnen nach wie vor noch schwere Kämpfe bevorstehen, die die Alten mit den Jungen

vere in vollster Uebereinstimmung mit allen Bar genossen und mit allen vorurtheilsfreien und für s Wohl des Landes beseelten Patrioten durch- zukä pfen haben werden, daß aber alle diese Kämpfe und Schwierigkeiten, die zu überwinden sind, dem festen, unerschütterlichen Entschlusse Aller begegnen, einig, unentwegt und entschieden auszuhalten in der treuen Erfüllung der Pflichten, die die Abgeordneten Krains als eine Ehrensache betrachten.

— (Zur Frage der Gleichberechtigung der slovenischen Sprache.) Wie bekannt, pflegen die Nationalen mit besonderer Vorliebe und Ausdauer auch aus dem Grunde über das liberale System zu schimpfen, weil unter demselben angelegentlich die armen Slovenen auf's Aeußerste bedrückt und insbesondere ihre Ansprüche auf Gleichberechtigung in der größtlichen Weise verletzt wurden. Jeder Unbefangene und Unterrichtete weiß freilich längst, daß an all' dem kein wahres Wort ist, daß es keinen falscheren Vorwurf geben kann als den erwähnten und daß unsere Gegner, die der liberalen Aera ja auch den seither so viel mißbrauchten Artikel XIX verdanken, auf den sie jetzt in Allem und Jedem pochen, viel mehr Grund hätten, derselben dankbar zu sein, als sie in so unbegründeter Weise zu verlästern. Wie richtig diese Anschauung ist, das hat ein nationales Blatt unlängst selbst bewiesen. Es brachte eine ausführliche und erschöpfende Darstellung aller Verordnungen und Verfügungen, die bisher zu Gunsten der Gleichberechtigung der slovenischen Sprache im amtlichen Verkehre erschienen sind und die das Blatt in ihrer Gesamtheit selbst als ausreichend bezeichnete. Und was ergab sich da für ein Resultat? Die entscheidenden Verordnungen stammen aus den Jahren 1862 und 1867, also aus Zeiten, wo wir ein liberales Regime hatten, die Aera Hohenwart brachte nicht eine einzige derartige Maßnahme zu Gunsten der Slovenen, und sogar Minister Pražak konnte in seiner bezüglichen Verordnung aus dem Jahre 1881 nichts Besseres thun, als sich im Wesentlichen auf die erwähnten Verfügungen aus der liberalen Aera zu berufen. So haben sich die Dinge in dieser Richtung in Wirklichkeit entwickelt. Wäre es da nicht ein Gebot der Billigkeit und Gerechtigkeit, mit Klagen über die ehemalige Mißachtung der Gleichberechtigung der slovenischen Sprache etwas innezuhalten? Das wird aber die Nationalen — inclusive der Officiösen, die auch hierin Großes leisten — keinen Moment hindern, auch künftig nach wie vor das ehemalige liberale System ob seiner vorgeblichen gewaltfamen Germanisirung und Unterdrückung der Slovenen mit Vorwürfen zu überhäufen.

— (Eine bemerkenswerthe Rede.) Aus Anlaß der Einführung des Grafen Gleispach in sein neues Amt als Präsident des Grazer Landesgerichtes hielt der Ober-Landesgerichts-Präsident, Se. Excellenz Ritter v. Waser, eine Rede, die in den weitesten Kreisen und gewiß auch in Krain die vollste Beachtung verdient. Herr v. Waser sagte in der Hauptsache Folgendes: „Das Amt eines Justiz-Präsidenten ist ein wichtiges und schwieriges, insbesondere in der Jetztzeit, denn es droht die Gefahr, daß die politischen, nationalen und socialen Strömungen, welche derzeit alle Gesellschaftskreise durchwühlen, auch in die richterlichen Gremien dringen und deren Mitglieder dem Nationalismus dienstbar machen. Von Denjenigen, welche diese Gefährdung einer vertrauenswürdigen Rechtspflege unbeachtet lassen, wird eine elementare Forderung der Rechtsordnung entweder aus Kurzsichtigkeit verkannt oder aus Opportunität gebeugt; die Präsidenten der Gerichtshöfe sind in der Lage und daher auch verpflichtet, dieser Gefahr entgegenzuwirken dadurch, daß sie die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit ihrer Mitrichter achten, vertreten und durch ihr Bei-

spiel kräftigen, daß sie durch geistige Anregung und eifrige Mitwirkung bei den Berathungen sich bemühen, dem akademischen Grundsatz: „Gleiches Recht für Jedermann“ praktische Geltung zu verschaffen, daß sie insbesondere durch ihr Beispiel und durch strenge Handhabung der Disciplin die unter ihrer Aufsicht stehenden richterlichen Beamten bestimmen, in und außer dem Amte eine politisch neutrale Stellung einzunehmen und zu wahren. Bei einer solchen Leitung der richterlichen Organe kann und wird Jedermann ohne Unterschied des Standes, der Abstammung, der Religion und der politischen Parteilichkeit die Ueberzeugung erlangen, daß in den Urtheilssprüchen der Gerichte nur Acte der Gerechtigkeit und nicht Acte national-politischer Machtgebote zu suchen und zu finden sind.“ Wie wir schon angedeutet, wäre es überaus wünschenswerth, wenn auch hierzulande manche Kreise diese Worte gründlich beherzigen würden; wir erinnern uns an gewisse Vorkommnisse in Unterkrain, die sich vor einigen Monaten anläßlich der Reichsrathswahlen abspielten und die Herrn v. Waser sicher genau bekannt sind, so daß es gar nicht ausgeschlossen erscheint, daß er bei seiner vortrefflichen Rede auch an diese gedacht hat. Den größten Triumph aber hat der Grazer Ober-Landesgerichts-Präsident diesmal bei einem Theile der slovenischen Journalistik gefeiert. Man weiß, daß er bei derselben zu den bestgeachteten Männern gehört und zahllos sind die Angriffe, die er von dieser Seite schon erfahren hat, und nachdem die nationale Presse kaum im Zweifel sein konnte, wohin der Mahnruf gerichtet war, hätte sie wohl aus Anlaß obiger Rede am liebsten abermals den Sturm auf ihn eröffnet. Da dieß jedoch schon oft genug vergeblich geschehen, versuchten einige nationale Blätter, diesmal aus der Noth eine Tugend zu machen, und sie überhäufen Herrn v. Waser mit Anerkennungen für seine Aeußerungen, indem sie sich stellen, wie wenn sie dessen Worte als hauptsächlich gegen die Gerichtsbeamten in Cilli und insbesondere gegen den verehrten Präsidenten Heinricher gerichtet ansähen. Das Manöver mag seinen Urhebern recht schlaue vorgekommen sein, allein in Wirklichkeit war es sehr plump und kurzsichtig. Wer den Grazer Ober-Landesgerichts-Präsidenten, seine strenge Objectivität und unbeugsame Gerechtigkeitsliebe kennt, der ist gewiß keinen Augenblick im Zweifel, daß die Auslegung, welche man von nationaler Seite seinen Worten zu geben versuchte, total falsch ist, und der weiß zu gut, was er dabei im Auge hatte. Immerhin kann Herr v. Waser befriedigt sein, daß es ihm gelungen ist, wenigstens einmal der nationalen Presse, wenn auch sehr unfreiwillig, so viel Anerkennung abzurufen.

— (Sanitäres.) Leztthin berichteten wir auch kurz über die Verhandlung betreffs der Maßregeln des Magistrates mit Bezug auf die in Triest aufgetretenen Cholerafälle und die Errichtung eines Epidemiehospitales, die in der Gemeinderathssitzung vom 31. v. M. stattgefunden hatte. Mit Bezug auf diese Verhandlung nun veröffentlichte Herr Regierungsrath Dr. Valenta in der „Laibacher Zeitung“ folgendes „Eingesendet“: „Der jüngste Sitzungsbericht des Gemeinderathes puncto Verwendung der Polana-Filiale als Cholera-Notthospital macht Jedermann glauben, als ob die gefertigte Direction eigenmächtig dieses Locale hiezu geräumt hätte. Zur Aufklärung des Sachverhaltes diene folgende dießbezügliche Correspondenz: Nennern Victor, Schneider — lezter Aufenthalt Triest — klagt über Erbrechen und Diarrhöe und möge behufs Beobachtung in das Cholerahospital transferirt werden. 30. December 1885. Dr. Derè m. p., Inspectionsarzt. Dieser Kranke ist sofort in's Polana-Spital aufzunehmen und dieses Spital von den anderen Kranken zu evacuiren. Stadtphysikat Laibach am 30. December 1885. Dr. Kowatsch m. p. In der Frage, ob „Stadt oder

Land“ den Kranken aufzunehmen habe, wolle Herr Regierungsrath Dr. Keesbacher entscheiden, diesem Botum wollen wir uns fügen. Dr. Valenta m. p. Den Kompetenzstreit, ob „Stadt oder Land“ den Kranken aufzunehmen habe, werde ich morgen ex officio zum Austrage bringen. Für heute ist der Kranke im Magistratsgebäude isolirt unter Anwendung aller gesetzlichen Vorschriften zu unterbringen, derselbe ärztlich zu behandeln und zu beobachten, und morgen ist unter allen Umständen für ein Cholera-Spital Sorge zu tragen und provisorisch das Polana-Filialspital zu diesem Zwecke zu räumen, vorbehaltlich der Genehmigung dieser Anordnung von Seite der hohen Regierung. Dr. Keesbacher m. p. Auf dieses Botum hin räumte die Direction die Polana-Filiale und stellte dieselbe dem löbl. Stadtmagistrate in diensthöflichster Form zur Verfügung. Daß die Direction ihre in zwölfter Stunde zu disponirenden Kranken nicht einfach auf die Gasse setzen konnte, sondern dieselben in die ihr im St. Josef-Siechenhause gefälligst zur Verfügung gestellten — nebenbei gesagt, für ein Cholera-Spital unbedingt untauglichen — Localitäten transferirte, ist wohl begreiflich, da im Spital dormalen absolut kein Raum vorhanden ist und die Kranken ob Platzmangels auf dem Boden lagern müssen. Landes-Wohlthätigkeits-Direction. Laibach am 6. Jänner 1886.“ — Wir glauben, dieses Eingesendet mit seiner interessanten und reichhaltigen Correspondenz bildet die trefflichste Illustration zur lezten Sanitätsdebatte unseres Gemeinderathes. Ein weiteres Commentar erscheint völlig überflüssig.

— (Ueber die Subvention für die philharmonische Gesellschaft) hat im Gemeinderathe eine Debatte stattgefunden, welche die Verbissenheit einzelner Nationalen kennzeichnet. Der Gemeinderath bewilligte dessenungeachtet die Subvention von 200 fl., was wir gewiß mit Befriedigung anerkennen, ohne dadurch die Berechtigung jenes Standpunktes zuzugeben, von welchem aus einige Gemeindeväter sich zu diesem Entschlusse bestimmen ließen, nämlich die Berechtigung der Anschauung, als ob der Gemeinderath durch diese Subventionirung der philharmonischen Gesellschaft einen besonderen Gnadenact erweisen würde. Im Gegentheil, diese Gesellschaft hat für das sociale Leben bereits so viel geleistet und leistet namentlich seit der Zeit, als sich die wichtigsten Musikschulen in ihren Händen befinden, für die musikalische Ausbildung der städtischen Jugend so viel, daß es geradezu als eine Verpflichtung der Stadtgemeinde bezeichnet werden kann, ein solches Institut zu unterstützen, zumal sich dasselbe einzig nur seiner Aufgabe widmet und von dem politischen Tagesgetriebe der Parteien vollständig ferne hält. Auch kann der Gemeinderath nicht übersehen, daß die Mittel, über welche er zu verfügen in der Lage ist, nicht ausschließlich, ja nicht einmal überwiegend slovenischer Provenienz sind, und daß die deutsche Bevölkerung der Stadt einen durch ihre sehr gewichtige Concurrenz zu allen öffentlichen Lasten wohlberechtigten Anspruch darauf besitzt, von der Gemeinde in ihren die Bildung und Geselligkeit fördernden Unternehmungen unterstützt zu werden. Wir glauben annehmen zu dürfen, daß der größere Theil der Gemeinderäthe selbst von diesen und ähnlichen Erwägungen ausging, als er die fragliche Subvention bewilligte. Umso kleinlicher nahm sich die Polemik des Gemeindevaters Franz Raunichar aus, welcher bei diesem Anlasse gegen die deutsche Landtagsminorität und die krainische Sparcasse vom Leder zog, weil dieselben sich für hohe Subventionen der „Glasbena Matka“ nicht begeistern können. Wir haben schon wiederholt Gelegenheit gehabt, uns über die Leistungen der Firma Brüder Raunichar im Gemeinderathe auszusprechen. So oft es sich um kleinliche Nergelien, um gallichte Ergüsse gegen die Deutschen und selbstverständlich um Besprechung von

Sachen handelt, welche kein Kopfzerbrechen erheischen, springt mit aller nationaler Leidenschaft Einer dieser nobile par fratrum in die Arena und fällt irgend etwas Deutsches an. Und dabei kann man diesen Herren nicht einmal nachsagen, daß sie Bauern von Geburt seien, welchen die deutsche Cultur etwa deshalb ein Greuel sein müßte, im Gegentheile, sie entstammen einer sogenannten „civilen“ Familie, sie bewegten sich auch oft in deutschen Kreisen und was sie überhaupt wissen, verdanken sie der deutschen Bildung. Und doch — welche Nervosität gegen alles Deutsche! Wir können diese Kleinliche Kampflust solcher Leute nur auf das Streben, sich auf billige Weise bemerkbar zu machen, zurückführen. Freilich schweigen sie umso gravitätischer, wenn es sich um Dinge handelt, an deren Besprechung man ohne Wissen und Arbeit nicht theilnehmen kann.

— (Concert Zichy.) Das von uns bereits vor längerer Zeit angekündigte Concert des Clavier-virtuosen Herrn Grafen Géza Zichy findet unter gefälliger Mitwirkung der Herren Jean Kosler und Theodor Luka zum Vortheile des Fonds der philharmonischen Gesellschaft übermorgen, Montag den 18. d. M. Abends 1/2 8 Uhr, im Saale der ehemaligen Schießstätte statt. Das Programm ist folgendes: 1. Géza Zichy: Sonate in G-dur: Allegro; Adante; Allegro con brio (vorgetragen von dem Concertgeber); 2. David Popper: Sarabande und Gavotte für das Violoncello mit Clavierbegleitung (vorgetragen vom Herrn Theodor Luka); 3. Mendelssohn = Zichy: „Auf den Flügeln des Gesanges“; Géza Zichy: Concert-Etude (vorgetragen von dem Concertgeber); 4. Hans Sommer: „Aus den Nibelungen“, „Dein“, Lieder (gesungen von Herrn J. Kosler); 5. Wagner: „Tannhäuser-Phantasie“ (vorgetragen von dem Concertgeber).

— (Betreffs der Privatlotterien) wurde vom Ministerium erklärt, daß es nicht Sache der Behörden sein könne, im Interesse derselben die Losverfendung zu vermitteln oder auch nur die Beihilfe dazu zu liefern oder die Amtorgane zur Theilnahme an solchen Lotterien einzuladen. So selbstverständlich die hier bezeichnete Haltung der Behörden auch abgesehen von dieser ministeriellen Bemerkung erscheinen mag, erinnern wir uns doch noch ganz gut, daß seinerzeit der Vertriebs der Lose des „Narodni Dom“ unter Anderem auch durch Wochen beim hiesigen Postamt stattfand.

— (Die Liquidation der krainischen Escomptegesellschaft) nimmt einen günstigen Verlauf. Von den Geldeinlagen per 751.007 fl. ist bisher die Hälfte zurückbezahlt worden, und kommt von heute ab eine weitere Rate von 12 1/2 Percent zur Auszahlung, für den Rest der Einlags-Guthabungen per 277.781 fl. und deren Zinsen ist durch die noch ausstehenden Activen, worunter die im Ausgleichswege zur Zahlung gelangenden Forderungen gegen Aug. Tschinkel's Söhne, vollends die Deckung vorhanden, ja es ist sogar zu hoffen, daß die Actionäre mit einem, wenn auch nicht bedeutenden Theile des Actienkapitals zur Zahlung gelangen. Die ohne sonderliche Störungen vor sich gehende Einbringung der Forderungen der Bank, welche allerdings durch das aller Anerkennung würdige coulante Entgegenkommen der krainischen Sparcasse erleichtert wurde, ermöglichte die successive Schaffung der Mittel zur Rückzahlung der in die Bank eingelegten Beträge. Der ganze Verlauf der Liquidation, welche möglichst einfach und billig geführt wird, beweist, daß der hiesige Geldmarkt gesund ist und daß ein mit entsprechender Vorsicht operirendes Geldinstitut in Laibach auf einen sicheren Bestand rechnen kann. In dem seinerzeit die Anstalt dafür Sorge trug, ihre leider unabwendbar gewordene Auflösung im Wege der Liquidation durchzuführen, hat sie, wie der Erfolg zeigt, im wohlverstandenen Interesse ihrer Gläubiger

gehandelt, welche Letzteren andererseits, indem sie in diese Intentionen eingingen und der Bank das gewünschte Moratorium gewährten, nun auch den Vortheil hievon ziehen, zwar langsam, aber gewiß die volle Befriedigung ihrer Forderungen zu erlangen, — ein Resultat, das auf anderem Wege nicht zu erreichen war. Auch das einsichtsvolle Gebahren des Liquidationsausschusses, dessen Aufgabe anfangs eine gewiß nicht leichte war, jedoch durch das ihm allseitig gewährte Vertrauen erleichtert wurde, verdient die allgemeine Anerkennung.

— (Dem Elisabeth-Kinderspitale) wurde von Frau Helene Lent, Gutbesitzerin in Arch bei Gurkfeld und Schugdame dieser wohlthätigen Anstalt, ein Betrag von 20 fl. gespendet.

— (Deutscher Böhmerwald-Bund.) Eine Bundesgruppe desselben hat sich auch in Laibach gebildet.

— (Faschingschronik.) Heute Abends findet das erste Tanzkränzchen im Casino statt; der Beginn ist um 1/2 9 Uhr, die Gallerie wird um 8 Uhr geöffnet. — Der Laibacher deutsche Turnverein veranstaltet heuer sein Turnerkränzchen in den Räumen der alten Schießstätte, und zwar wie alljährlich am 1. Februar. Der erwähnte Umstand dürfte als Erfüllung eines längst gehegten Wunsches von den Freunden und Mitgliedern des Vereines froh begrüßt werden, und steht zu erwarten, daß ein zahlreicher Besuch nicht nur den Glanz des Abends erhöhen, sondern auch ein bedeutendes Reinerträgniß herbeiführen werde. Es wäre dieß umso wünschenswerther, als der Verein das Reinerträgniß dem Anastasius Grün-Denkmal-Fonde zuzuführen gedenkt und die Ausführung und würdige Vollendung des Werkes Kosten erheischt, für deren Deckung der Verein noch zu sorgen hat.

— (Die Handelskammern von Graz und Laibach) haben im Interesse der steirischen und krainischen Kohlenindustrie ihre Bedenken gegen die von der Direction der Staatseisenbahnen einer Berliner Firma gewährten außerordentlichen Frachttarifiermäßigungen zum Transporte ober-schlesischer Kohle nach Italien dem Handelsministerium mitgetheilt. Es ist in der That eigenthümlich, daß der Staatseisenbahnbetrieb dazu die Gelegenheit bieten soll, auswärtigen Unternehmungen durch abnorme Frachttarifiermäßigungen die Möglichkeit zu bieten, die inländische Montanindustrie von einem ihrer natürlichsten Absatzgebiete zu verdrängen. Die Action der Kammern kann also nur gebilligt werden. Wie wir weiters hören, hat auch der krainische Landesauschuß in dieser Angelegenheit im Interesse der hierländischen Montanindustrie sich an das Ministerium gewendet. Auch soll sich ein höherer Beamter der Trifailer Gewerkschaft nach Florenz begeben haben, um dort direct mit Vertretern der italienischen Bahnen über größere Lieferungen zu unterhandeln.

Briefkasten der Redaction.
L. L. in Laibach: Sie constatiren, daß bei den sich bildenden Zweigvereinen des slovenischen Schulvereines so häufig Geistliche als Obmänner und als Ausschuhmitglieder gewählt werden. Das ist doch völlig natürlich, nachdem der Verein nach Ursprung und Tendenz ja einen völlig clerikalen Charakter hat. Freilich haben Sie auch mit Ihrer Bemerkung recht, daß es sich sonderbar ausnimmt, wenn die Herren Wosnjak, Lavčar & Comp. die Entwicklung der Slovenen zu Fortschritt und Aufklärung mit der totalen Auslieferung der Schule an die Geistlichkeit beginnen. Auch hier spielt der Deutschenhaß die Hauptrolle. Kann nur dem geföhnt werden, dann wird jede andere Rücksicht geopfert.

Vom Büchertische.
Die Alpen. Handbuch der gesammten Alpenkunde. Von Prof. Dr. Friedr. W. M. L. u. f. Mit 30 Voll- und 75 Textbildern, sowie 25 Karten, 15 Lieferungen à 30 fr. Hartleben's Verlag in Wien. — Der Name des berühmten Verfassers sowohl wie derjenige der Verlagsbuchhandlung bürgen dafür, daß etwas Vorzügliches geboten werden wird. Das Werk soll enthalten: Allgemeine Uebersicht und Charakteristik, Grenzen, Einteilung, verticaler und geologischer Aufbau, sowie die topographische Schilderung der Alpen, Alpenbäler und Thalflüsse, Alpenflüsse und Seen, das Klima in den Alpen, Schneeregion,

Lavinen und Gletscher, Pflanzenwelt, Thierleben und Menschen in den Alpen, Alpenstraßen und Bahnen; die alpine Touristik, Alpendörfer und Kunst in den Alpen. — Das Handbuch der Alpenkunde dürfte also allen Kennern und Freunden der Alpen willkommen sein und sich schnell die Herzen erobern.
„Was Ihr wollt!“ Unter diesem Titel erscheint bei Meinhold Weith in Leipzig ein Blatt für das deutsche Haus, welches mit diesem Jahre einen neuen Jahrgang beginnt. Zweiwöchentlich erscheint ein Heft mit reichem Inhalt zum Preise von vierteljährlich 60 kr.

Witterungsbulletin aus Laibach.

Januar	Lufttemperatur in Millimetern auf 0 reducirt	Thermometer nach Celsius			Niederschlag in Millimetern	Witterungscharakter
		Tagesmittel	Maximum	Minimum		
8	728.4	+ 0.2	2.7	- 1.3	28.8	Rebel und Regen anhaltend.
9	722.4	- 1.8	0.5	- 2.5	22.0	Schneefall den ganzen Tag.
10	725.8	- 3.0	- 1.2	- 4.8	1.6	Morgens Rebel, auf den Höhen heiter. Nachmittags trübe, Nachts Schnee.
11	727.0	- 4.0	0.0	- 5.2	1.5	Morgens dünner Schneefall.
12	725.7	- 4.1	- 1.5	- 7.5	2.9	Schneefall den ganzen Tag.
13	726.9	- 3.3	0.0	- 4.5	1.5	Trübe, schwacher Schneefall.
14	728.7	- 0.7	2.0	- 3.5	0.0	Gelichtet, Nachmittags theilweise Aufbeiterung.

Eingefendet.
Schweizer Pillen.
 Getragen von der Gunst des Publikums, beliebt als das angenehmste und wirkungsvollste Hausmittel sind heute die in fast jeder Apotheke erhältlichen **Apotheker R. Brandt's Schweizerpillen.** Wer an Verstopfung, Magenbräuen, Blutandrang, Kopfschmerzen etc. leidet, sollte sich durch einen Versuch von der ausgezeichneten Wirkung überzeugen. Jede echte Schachtel (erhältlich 70 Kreuzer in den Apotheken) trägt als Etiquett ein weißes Kreuz in rothem Feld und den Namenszug R. Brandt's. (1762)

Herrn Gabriel Piccoli,
 Apotheker in Laibach.
 Ueber Ersuchen bestätige ich, daß ich Ihre **Magen-Essenz**, deren Bestandtheile mir bekannt sind, in vielen Fällen von Magen- und hämorrhoidal-Leiden als heilkräftig erprobt habe. (1868)
 Laibach, im Jänner 1884.
Dr. Emil Ritter von Stöckl,
 k. l. Regierungsrath und Landes-sanitätsreferent.

Die Wirksamkeit dieses wunderbaren Mittels bestätigen auch die berühmten Aerzte von Triest die Herren **Dr. D'Agostini, Dr. Cambon** und **Dr. Ritter von Gorachuchl.**

Wer Schlagfluss fürchtet
 oder bereits davon betroffen wurde, oder an Congestionen, Schwindel, Nüchternen, Schlaflosigkeit, reißenden krankeften Nervenzuständen leidet, wolle die Broschüre „Ueber Schlagfluß-Verhütung und Heilung“, 5. Aufl., v. Verfasser, ehem. Landw. - Bataillonsarzt K. u. M. B. e. i. m. n. i. Wilshofen, Waben kostenlos und franco, bezieh. (1904)

Hamburger Preislisten-Auszug für Kaffee etc.
Ettlinger & Co., Hamburg,
 Weltpost-Versandt,
 empfohlen wie bekannt in billigster und reeller Waare portofrei, franco Verpackung gegen Nachnahme oder Vorauszahlung **in Kaffee** per Sackchen von 5 Kilo.
 Preise in Gulden 5. W.

Bahia, gutschmeckend . . . 3. —	Goldjava extrafein milde . . . 5.10
Kio fein kräftig . . . 3.40	Java, grün, kräftig, delicat . . . 4.95
Santos ausgiebig, grün . . . 3.70	Portorico, arom., kräftig . . . 5.25
Cuba, grün, kräftig, brillant . . . 4.10	Java, grossbohne, hochf., delio. . . 5.87
Peri-Mocca, afr., echt, feurig . . . 3.80	Perikaffee, hochfein, grün . . . 5.50
Domingo, hochfein milde . . . 4.65	Plantage, aromatisch brillant . . . 6.30
Campinas, allorf. ergiebig . . . 4.85	Menado, superfein, edel . . . 6.30
Ceylon blaigrün, kräftig . . . 4.90	Arab. Mocca, edel, feurig . . . 7.20

Beliebte Kaffeemischungen in allen Preisen je 2 Sorten per 5 Kilo.
Chinesischer Thee in eleganter Packung per 1/2 Kilo. fl. 6. W. — 70.
 — 95, 1.15, 1.70, 2.30, 2.85, 3.15 etc. als Belpack passend.
 Thee unter 2 Kilo, um das Porto von 30 kr. theurer.
Jamaika-Rum Ia. 4 Liter; 4.20
Matjes- portofr. Ia. 5 Kilo. Fass 2.05
 portofr. do. extra Fass 2.60
Caviar Ia. portofr. 2 Kilo. net. 4.15
Tafel-Sais. pr. 5 Kilo. . . 1.35
 milde gesalz. „ 4 „ „ 7.50
Perl-Sago portofr. . . 1.85
 Alles direct von Hamburg.
 Ausführliche Preisliste gratis franco. (1912)

DAS BESTE
Cigaretten-Papier
IST DAS ECHE
LE HOUBLON

Französisches Fabrikat
von **CAWLEY & HENRY**, in **PARIS**
Vor Nachahmung wird gewarnt!

DIESES PAPIER WIRD VON DEN HERREN
D^r J. J. Pohl, D^r E. Ludwig, D^r E. Lippmann
Professoren der Chemie an der Wiener Universität
bestens empfohlen u. z. wegen seiner ausgezeichneten Qualität
sowie absoluten Reinheit und weil demselben
keinerlei der Gesundheit schädlichen Stoffen beigemischt sind.



Cawley & Henry
Proprietäre
MAISON FONDÉE EN 1832
17, rue Béranger, à PARIS

MATTONI'S
GISSHÜBLER
reinstes
alkalisches
SAUERBRUNN

bestes Tisch- und Erfrischungsgetränk,
erprobt bei Husten, Halskrankheiten,
Magen- und Blasenkatarrh.

Heinrich Mattoni, Karlsbad und Wien.

1906

Sauerbrunn Bad Radein
mit seinem reichhaltigsten „Natron-Lithion-Silberling“.
Garod's Versuche haben erwiesen, dass d. kohlen-saure Lithion bei Gichtleiden das beste u. sicherste Heilmittel ist.
Durch Reichtum an Kohlen-säure Natron u. Lithion wirkt das Radeiner Sauerwasser als Specifum bei: Gicht, Gallen-, Blasen- und Nierensteinen, Hämorrhoiden, Skropheln, Kropf, Gelbsucht, Magenleiden u. bei Katarrhen überhaupt.
BÄDER, WOHNUNGEN, RESTAURATION BILLIG.
Niederlage: **F. Plautz**, Alsenmarkt, Laibach.
1725

Concurrenz dem Pferddeckenschwindel!

Eine seit 50 Jahren bestehende
k. k. Landesbefugte
Decken- u. Kotzen-Fabrik
hat mich beauftragt, um der neu aufgetauchten Concurrenz gründlich die Spitze zu bieten, ihre Fabrikate in wirklich toller, reeller und guter Waare in

Pferdedecken

von heute ab
um nur **fl. 1.60** per Stück
große, dicke, breite, unverwüstliche **Pferdedecken** zu verkaufen.

Diese Pferddecken sind 190 Centimeter lang und 130 Centimeter breit mit farbigen Vorbüden versehen und did wie ein Brett, daher wahrhaft unverwüßlich. Verwendung gegen Cassa oder Nachnahme. — Täglich werden nach allen Weltgegenden diese Decken verwendet u. finden überall allgemeinen Anklang, da dieselben auch als Bettdecken verwendet werden können und früher mehr als das Doppelte gekostet haben. (1905)



Adresse: **Exportwarenhans L. Kon,**
Wien, II., Lichtenauergasse Nr. 9.
Man bittet die Adresse genau zu beachten.

Keine Zeit mehr zu verlieren.

Von den weltberühmten Pferddecken, welche ich bei einer Auktion um die Hälfte des regulären Preises käuflich an mich brachte und von denen fast alle Welttheile durch Ankündigung meiner Pferddecken bereits bezogen haben, gebe ich, solange der Vorrath reicht, um

nur fl. 1.50

per Stück riesig grosse, ungeheuer dicke, breite, unverwüstliche

Pferdedecken



mit farbigen Vorbüden versehen und did wie ein Brett, 190 Cm. lang, 130 Cm. breit, mit verschiedenen Vorbüden, sehr did, wahrhaft unverwüßlich, 1ma Qualität, fl. 1.75, hochprima Qualität, sehr fein fl. 1.95 per Stück. Ferner sind auch vorrätzig; 500 Dtz. gelbbhaarige **fiaker-Decken**

mit 6 verschieden farbigen Streifen und Vorbüden, complet, groß, sehr fein, à nur fl. 2.60 per Stück, 195 Cm. lang, 130 Cm. breit à fl. 2.75, und 195 Cm. lang, 155 Cm. breit, sehr fein, nur fl. 3.— per Stück. — Für Fiakerbesitzer besonders empfehlend. Auch sind bei mir zu haben

400 Stück Seidenbettdecken

aus feinsten Burettseide, in den prachtvollsten Farben, roth, blau, gelb, grün, orange, gestreift, vollkommen lang und breit, für das größte Bett, per Stück fl. 1.50, per Paar nur fl. 6.50. Hunderte von Nachbestellungen liegen in meinem Bureau zur gefälligen Einsicht auf und erlaube mir einige derselben zu veröffentlichen:

Herrn J. S. Rabinowicz, Wien.
Bestelle hiemit 150 Stück Pferddecken, 190 Cm. lang, 130 Cm. breit, wie gehabt, zum Preise von fl. 1.75 gegen Baarzahlung und wird um umgehende Lieferung ersucht.
Gemeinde-Vorsteher **St. Pölten**.

Für den Bürgermeister: **Der Gemeinderath**.
Herrn J. S. Rabinowicz, Wien.
Im Besitze der uns gesandten Musterdecke, eruchen wir Sie, uns genau nach derselben Qualität 60 Stück prompt zuzusenden und zeichnen. Factura erwartend.
Tropfauer Zuckerraffinerie-Aktiengesellschaft
A. v. Jutzenska,
Chorostow, 8. November 1885.

Herrn J. S. Rabinowicz, Wien.
Ja 84, 14. November 1885.
Mit den geschickten Pferddecken bin ich vollends zufrieden und bestelle hiemit noch 17 Stück derselben Qualität à fl. 1.75, ferner 1 Stück la fl. 1.95 und einen Reisepfand, die ich mir ebenfalls zusenden erlaube. Mit Achtung
Dr. Justin Wentko, Prof. d. Theologie,
Alfo-Magg, 10. November 1885.

Herrn J. S. Rabinowicz, Wien.
Senden Sie per Nachnahme dem Herrn Benedict v. Gluba, Post Gasse, 12 Stück Decken à fl. 1.95, wie Sie mir geschickt haben, ferner an Herrn Ignaz v. Keller 1 Stück selber Sorte und endlich unter meiner Adresse 2 Stück derselben, 2 Stück Fiakerdecken und 3 Stück Seidendecken.

Achtungsvoll
Adam von Salomon, f. ung. Säfaren-Rittmeister.
Verwendung gegen Cassa oder Nachnahme.
Webwaren-Manufactur **J. H. Rabinowicz**
Wien, III., Hintere Zollamtstraße 9.

NB. Die von anderer Seite annoncirten Decken à fl. 1.60 liefere ich auf Verlangen à fl. 1.20 per Stück. (1890)



Ohne diese gesetzlich deponirte Schutzmarke ist jeder Gichtgeist nach Dr. Malic sofort als Falsificat zurückzuweisen.

Gichtgeist nach Dr. Malic
à 50 fr.

ist entschieden das erprobteste Mittel gegen Gicht und Rheumatismus, Gliederreihen, Kreuzschmerzen, Nervenschmerz, Anschwellungen, Steifheit der Muskeln und Sehnen etc., mit welchem nach kurzem Gebrauch diese Leiden gänzlich behoben werden, wie dies bereits massenhafte Dankfagungen beweisen können.

- Alpenkräuter-Syrup, Krainischer**, verfeht mit unterem Kalk-Eisen, antageichnet gegen Husten, Heiserkeit, Halschmerzen, Brust- und Lungenleiden. 1 Flasche 56 fr. Er ist wirksamer als alle im Handel vorkommenden Säfte und Syrupe. Viele Dankfagungen erhalten.
- Medicinischer Dorsch-Leberthran**, feinste Sorte, vorzüglich gegen Scropheln, Lungenleiden, Hautausschläge u. Drüsenanschwellungen. 1 Flasche 60 fr., doppelt groß nur 1 fl.
- Salicyl-Mundwasser**, das Beste zur Erhaltung der Zähne und Conservierung des Zahnfleisches. 1 Flasche 50 fr. vertreibt sofort den üblen Geruch aus dem Munde.
- Salicyl-Zahnpulver**, 1 Schachtel 30 fr.
- Blutreinigungs-Pillen, vorm. I. I. priv.**, sollten in Hautballe fehlen und haben sich schon tausendfach bewährt bei Stuhlverstopfungen, Kopfschmerzen, Schwere in den Gliedern, verdorbenem Magen, Leber- und Nierenleiden etc. In Schachteln à 21 fr., eine Rolle mit 6 Schachteln 1 fl. 5 fr. Verlandet wird nicht weniger, als eine Rolle. Diese Pillen sind die wirksamsten unter Allen.

Obige nach langjährigen Erfahrungen als vorzüglich wirksam anerkannte Specialitäten führt, sowie alle anderen Arzeneien, in- und ausländische Specialitäten stets frisch am Lager und verlandet sofort pr. Nachnahme die
Apotheke Trnkoczy, (1911)
neben dem Rathhause in Laibach.

H. MÜLLER'S
Zeitungs- und Annoncen-Bureau in
Laibach
bejorgt honorarfrei Pränumerationen und Annoncen in Wiener, Grazer, Triester, Prager und andere Blätter.

Heu- und Stroh-Pressen.

Patent-Heupresse für Handbetrieb bietet die Möglichkeit, 10.000 Kilogramm Heu auf einem Waggon zu verladen. (1876)

Heu- und Stroh-Presse für Pferdebetrieb, mit noch größerer Leistung liefert die k. k. priv. landw. Maschinen-Fabrik und Eisengiesserei

Hofherr & Schrantz,
Wien, X., Erlachgasse 26,
woselbst Prospeete gratis und franco erhältlich.

Singerstrasse 15,
zum goldenen
Reichsapfel.

J. PSERHOFER'S

**Apotheke
in
Wien.**

Blutreinigungs-Pillen, vormalig **Universal-Pillen** genannt, verdienen letzteren Namen mit vollstem Rechte, da es in der That beinahe keine Krankheit gibt, in welcher diese Pillen nicht schon tausendfach ihre wunderthätige Wirkung bewährt hätten. In den hartnäckigsten Fällen, wo viele andere Medicamente vergebens angewendet wurden, ist durch diese Pillen unzählige Male und nach kurzer Zeit volle Genesung erfolgt. **1 Schachtel mit 15 Pillen 21 kr., 1 Rolle mit 6 Schachteln fl. 1.05**, bei unfränkter Nachnahmesendung **fl. 1.10**. (Weniger als eine Rolle wird nicht versendet.)

Eine Unzahl Schreiben sind eingelaufen, in denen sich die Consumenten dieser Pillen für ihre wiedererlangte Genesung nach den verschiedenartigsten und schweren Krankheiten bedanken. Jeder, der nur einmal einen Versuch damit gemacht hat, empfiehlt dieses Mittel weiter.

Wir geben hier einige der vielen Dankschreiben wieder:

Leogang, am 15. Mai 1883.
Hochgeehrter Herr! Ihre Pillen wirken wahrhaft Wunder, sie sind nicht wie so viele andere angepriesene Mittel, sondern sie helfen wirklich nahezu für Alles.

Von den zu Ostern bestellten Pillen habe ich die Meisten an Freunde und Bekannte vertheilt und Allen haben sie geholfen, selbst Personen von hohem Alter und mit verschiedenen Leiden und Gebrechen haben durch sie, wo nicht die volle Gesundheit, doch bedeutende Besserung erfahren und wollen sie fortgebrauchen. Ich ersuche Sie daher mir wieder fünf Rollen zu senden. Von mir und Allen, die wir schon das Glück hatten, durch Ihre Pillen unsere Gesundheit wieder zu erlangen, unseren innigsten Dank.
Martin Deutinger.

Bega, Szt. György, 16. Februar 1883.
Geehrter Herr! Nicht genug kann ich meinen innigsten Dank aussprechen für Ihre Pillen, denn nächst Gottes Hilfe wurde meine Frau, welche schon Jahre lang an Miasere gelitten hatte, durch Ihre Blutreinigungs-Pillen hievon geheilt und wiewohl sie auch jetzt noch bisweilen welche einnehmen muss, so ist ihre Gesundheit schon so weit wieder hergestellt, dass sie mit jugendlicher Frische allen ihren Beschäftigungen wieder nachkommen kann.

Von dieser meiner Danksagung bitte ich Sie, zum Wohle aller Leidenden Gebrauch zu machen und ersuche gleichzeitig wieder um Einsendung von zwei Rollen Pillen und zwei Stück chinesischer Seife. Mit besonderer Hochachtung ergebener
Alois Novak, Obergärtner.

Euer Wohlgeborener! In der Voraussetzung, dass alle Ihre Arzneien von gleicher Güte sein dürften, wie Ihr berühmter Frostbalsam, der in meiner Familie mehreren veralteten Frostbeulen ein rasches Ende bereitet, habe ich mich trotz meines Misstrauens gegen sogenannte Universalmittel entschlossen, zu Ihren Blutreinigungs-Pillen zu greifen, um mit Hilfe dieser kleinen Kugeln mein langjähriges Hämorrhoidal-Leiden zu bombardiren. Ich nehme nun durchaus keinen Anstand, Ihnen zu gestehen, dass mein altes Leiden nach vierwöchentlichem Gebrauche ganz und gar behoben ist und ich im Kreise meiner Bekannten diese Pillen auf's Eifrigste anempfehle. Ich habe auch nichts dagegen einzuwenden, wenn Sie von diesen Zellen öffentlich — jedoch ohne Namensnennung — Gebrauch machen wollen.
Hochachtungsvoll
C. v. T.
Wien, 20. Februar 1881.

Frost-Balsam von J. Pscherhofer, seit vielen Jahren anerkannt als das sicherste Mittel gegen Frostleiden aller Art, sowie auch gegen sehr veraltete Wunden etc. 1 Tiegel 40 kr.

Kropf-Balsam, verlässliches Mittel gegen Blähhs. 1 Flacon 40 kr.

Lebens-Essenz (Prager Croppen) gegen verdorbenen Magen, schlechte Verdauung, Unterleibsbeschwerden aller Art, ein vorzügliches Hausmittel. 1 Flacon 20 kr.

Universal-Pflaster von Prof. Steudel bei Hieb- und Stichwunden, bösartigen Geschwüren aller Art, auch alten, periodisch aufbrechenden Geschwüren an den Füßen, beim Fingerwurm, wunden und entzündeten Brüsten u. ähnlichen Leiden vielfach bewährt. 1 Tiegel 50 kr.

Homöopathische Medikamente aller Art sind stets vorrätzig.

Ausser den hier genannten Präparaten sind noch sämtliche in österreichischen Zeitungen angekündigte in- und ausländische pharmaceutische Specialitäten vorrätzig, als:

- Alpenkräuter-Liqueur** v. W. O. Bernhard. 1 Flasche 2 fl. 60 kr., 1/2 Flasche 1 fl. 40 kr.
- Augenessenz** v. Dr. Romershausen. 1 Flasche 2 fl. 50 kr., 1/2 Flasche 1 fl. 50 kr.
- Dr. Hufeland's Augen-Tabak**, 1 Schachtel 60 kr.
- Gichtfluid** von Kwizda. 1 Flasche 1 fl.
- Restitutionsfluid** f. Pferde, 1 Flasche 1 fl. 40 kr.
- Korneuburger Viehpulver**, 1 Packet 42 kr.
- Franzbranntwein**, 1 Flasche 60 kr.
- Steir. Kräutersaft**, 1 Flasche 88 kr.
- etc. etc. und werden alle etwa nicht am Lager befindlichen Artikel auf Verlangen prompt und billigst besorgt.
- Mariazeller-Tropfen**, 1 Flasche 35 kr.
- Schaumann's Magenpulver**, 1 Schachtel 75 kr.
- Neuroxylia** von Herbabny. 1 Flasche 1 fl. und 1 fl. 20 kr.
- Kalk-Eisen-Syrup** von Herbabny. 1 Flasche 1 fl. 25 kr.
- Oxford-Zahntropfen**, 1 Flasche 50 kr.
- Pillen für Hunde**, 1 Schachtel 30 kr.
- Touristenpflaster**, 1 Rolle 60 kr.
- Pulver geg. Fussaschweiss**, 1 Schachtel 50 kr.

Versendung per Post bei Beträgen unter 5 fl. nur gegen vorherige Einsendung des Betrages durch Postanweisung, bei grösseren Beträgen auch mit Nachnahme.

Die meisten der obgenannten Specialitäten sind auch zu haben in **Laibach** in der Apotheke **Piccoli**.

Gegen Husten u. Heiserkeit!

Antikatarrhalische Salicylpastillen.
Bestes Präparatmittel gegen Diphtherie, Lungen-, Brust- und Halsleiden; unumgänglich notwendig für Sänger, Prediger und insbesondere für den Lehrstand, welchem es daran liegt, sich eine klare Stimme zu erhalten.
Eine Schachtel 20 kr.
Gummibonbons 1 Schachtel 10 kr.
Raisbonbons 10 kr.
Süßholzwurmpastillen 10 kr.
Salmiakpastillen 10 kr.
Sind immer frisch am Lager in der Apoth. Piccoli „zum Engel“, Wiener-Strasse, Laibach.
Auswärtige Aufträge werden prompt gegen Nachnahme effectuirt. (1862)



Homeriana-Thee.

Aerztlich empfohlenes, ausgezeichnetes Mittel gegen Krankheiten der Lunge und des Halses (Schwind-sucht, Asthma, Kehlkopfleiden).
Ueberraschende Erfolge! Die Broschüre hierüber wird kostenfrei versandt. (1868)
Ein Packet Nr. 1-20 (72 Kr.) Allein echt zu beziehen von
A. Wolf'sky,
Berlin N., Weissenburger-Strasse 79.

Blutreinigungs-Thee.

Als das anerkannt, als es angeboten ist, und außerdem mit Bewilligung der k. k. Hofkanzlei laut Beschluss vom 7. December 1858 und später am 28. März 1861 durch Sr. Majestät den Kaiser mittelst Patent gegen Fälschung gesichert, das ist ein Vorkommen, wie es kaum je bei einem Volks-Heilmittel geschehen ist. Es handelt sich in dem gegebenen Falle nämlich um den seit langer Zeit schon rühmlichst bekannten

Blutreinigungs-Thee des Herrn Apothekers Franz Wilhelm in Neunkirchen a. d. Südbahn, N.-De., welcher, nach tausendfältiger Erfahrung, durch seine antiarthritische und antirheumatische Wirkung mittelst vorausgehender Regenerirung des Blutes und der Säfte indirect für

Gicht und Rheumatismus

die entschieden günstigste Cur nach sich bringt. Unregelmäßige Blutmischung bedingt durchschnittlich zur völligen Behebung eine gewisse Zeit des Gebrauchs eines Präparates, Naturwassers etc. und finden wir auf Basis dieser Erfahrung den Gebrauch der Curen in Bädern, Wasser-Heilanstalten etc. eingeführt. In gleicher Weise, und zwar entschieden bewährt in der Wirkung, excellent und im Erfolge eminent, führt nun nicht blos sicher, sondern besser als manche Bädercur der **Wilhelm'sche Blutreinigungs-Thee** (in seiner Anwendung als Frühjahr-, Sommer-, Herbst- oder Winter-Curmittel während eines längeren Gebrauchs) zur gründlichen Heilung aller der **Blutverunreinigung** entspringenden Lebel. Und so hochedel an sich diese körperliche Flüssigkeit sich für die Menschheit erweist, so mannigfach sind auch die erwachsenden Leiden unter Degenerirung der Blutsubstanz. Deshalb, wo Verhältnisse in Beschränkung der Zeit und Unzulänglichkeit der Mittel keinen immerhin zweifelhaften Baderbesuch gestatten, dass ist bei Gichtleiden, bei allen veralteten, hartnäckigen Nieren (Kinderfüße, stets eiternde Wunden), Hautausschlägen, jeder Art Wimmerln, Flechten, bösarigen und fressenden Geschwüren, ist der **Wilhelm'sche Blutreinigungs-Thee** das einzige und nabeliegende Mittel für Jedermann, sich Gesundheit und Leben neu zu schaffen und weiter zu erhalten.

Das Theetrinken in der Form des Abfudes so heilwirkender Kräuter zeigt sich zunächst als ein lösendes und unrührendes Mittel für inneren Gebrauch, wodurch der ganze Organismus des Körpers in einer Weise durchzogen wird, das für alle einzelnen Theile eine normale Absonderung (wo solche gestört) hervorgerufen ist. Aus diesem Umstande ergibt sich dann aber selbstverständlich auch, wie dieser Blutreinigungs-Thee auch besonders vortheilhaft bei **Anschoppungen der Leber und Milz**, sowie bei jeder Form von **Hämorrhoidal-Leiden, bei Gelbsucht, Harnbeschwerden, Magendrücken** u. s. w. wirken muß. Und selbst bei Lebeln secundärer Natur, durch Mangel richtiger Function der Hauptorgane hervorgerufen, wie Windbeschwerden, Unterleibsverstopfung, Pollutionen, Manneschwäche, Fluß bei Frauen etc., Leiden wie Skrophelkrankheiten etc., werden bald und gründlich durch diesen **Blutreinigungs-Thee** geheilt.

Das solch ein Volks-Heilmittel und dessen ansehnlicher Bedarf schon zur **Täuschung oder Verfälschung** fähren konnte, läßt sich leicht begreifen, und ist es deshalb nöthig, den Blutreinigungs-Thee direct von der Quelle, nämlich von **Franz Wilhelm, Apotheker in Neunkirchen** bei Wien, oder in nachstehenden Niederlagen zu beziehen.

Schließlich sei nur noch bemerkt, das ein Packet für volle acht Tage genügt und das weitere Gebrauchs-Anweisung jeder Packung, in diversen Sprachen gegeben, beigelegt ist.

Preis per Packet ö. W. fl. 1. (1819)

Depots:

- Laibach:** Peter Lajnik; **Adelsberg:** Anton Leban, Apotheker; **Bischofslack:** Carl Fabiani, Apoth.; **Krainburg:** Carl Savnik, Apotheker; **Landstrass:** Alois Gatsch; **Mödling:** Fr. Wacha, Apotheker; **Rudolfswerth:** Dom. Rizzoli, Apotheker.

Broschüre auf Verlangen gratis und franco.

Special-
Arzt **Dr. Brisse**
für (1897)
Haar- u. Haut-
Krankheiten, als Ausfallen der Haare, Kahlheit, frühes Ergrauen, Schuppen, Finnen, Flechten, Geschwüre, Warzen, Sommerprossen, Leber- u. Schwangerschaftsleiden, Pusteln, Mitesser, juckende und alle sonstige Ausschläge u. s. w.
Wien, Stadt, Adler-gasse 1 B.
Ordinirt von 1-4 Uhr, an Sonn- und Feiertagen von 10-12 Uhr.

Eingefendet.
Nur „Nichters“
Pain-Expeller
mit Anker
ist echt und das Präparat, durch welches die bekannten überraisenden Heilungen von Gicht und Rheumatismus erzielt worden sind. Dies altbewährte Hausmittel ist zum Preise von 40 und 70 kr. in den meisten Apotheken vorrätzig. Haupt-Depot: Apotheke zum Goldenen Löwen, Prag, Alstadt.
Laibach: Apoth. G. Wirsching. 1845



Piccoli's Magen-Essenz,

zubereitet von **G. PICCOLI, Apotheker in Laibach.**
Ist durch ihre ausgezeichnete Wirkung gegen die Krankheiten des Magens und Unterleibes, Krämpfe, gastrisches Fieber, Leibesverstopfung, Hämorrhoiden, Gelbsucht, Migraine, Würmer etc. ein unentbehrliches Hausmittel geworden.
Wird vom Erzeuger per Post versendet in Schachteln zu 12 Flaschen à fl. 1.86.
Bei grösserer Abnahme Nachlass.
Eine Flasche 10 kr. 1768